



# Die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie

200	170
540	520

Einleitung  
 Grundsätze sozialdemokratischer  
 Wirtschaftspolitik  
 Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung  
 durch Planung und Wettbewerb  
 Sozialdemokratische Finanzpolitik  
 Grundsätze sozialdemokratischer  
 Steuerpolitik

IV 30

28016

DIE  
WIRTSCHAFTSPOLITIK  
DER  
SOZIALDEMOKRATIE

*Faint, illegible text, possibly a library stamp or handwritten note.*

Friedrich-Ebert-Stiftung  
Bibliothek

A28016

W 112 54

# INHALTSVERZEICHNIS

## I. Einleitung

Der Mensch soll seine Lebensordnung selbst gestalten . . . . .	7
Vermassung ist weder Schuld noch Schicksal . . . . .	7
X Die Aufgaben der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik . . . . .	8—10
Die freie Persönlichkeit sichert Demokratie und nationale Existenz . . . . .	10

## II. Die Grundsätze sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik

X Das Programm von Dortmund . . . . .	11
X Das Programm ist kein Dogma . . . . .	11—12
X Die SPD ist gegen die Zwangswirtschaft . . . . .	12—13
Der Mensch ist Sinn und Zweck des Wirtschaftens . . . . .	13—14
Die Ziele der Wirtschaft sind außerwirtschaftliche . . . . .	14
Die Sicherheit . . . . .	14—15
Die Freiheit . . . . .	15—16
Einkommen und Eigentum . . . . .	16
Gewogen — und zu leicht befunden . . . . .	17—19
Unter falscher Flagge . . . . .	19—20
Das Unvermögen des Liberalismus . . . . .	20
Existenzunsicherheit . . . . .	21
Unfreiheit . . . . .	21
Ungerechtigkeit . . . . .	22
X Wettbewerb ist Mittel — kein Ziel . . . . .	22—23
X Mittel und Wege der SPD . . . . .	23—28
Die ewig junge Sozialdemokratie . . . . .	28—30

## III. Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung durch Planung und Wettbewerb

### I. Das Programm und die Lage

X Erhöhung des Lebensstandards . . . . .	31
X Ein elastisches Programm . . . . .	31—33
X Beschäftigungspolitik tut not . . . . .	33—35

Die gemischte Wirtschaftsordnung . . . . .	35—36
Einkommenspolitik ist Sozialpolitik . . . . .	36
<b>II. Die Produktivitätssteigerung</b>	
Die Produktivität steigern im Betrieb — — . . . . .	36—37
— — — und in der Volkswirtschaft . . . . .	37—38
Verbraucher, Markt und Wettbewerb . . . . .	38
× Staatliche Wettbewerbspolitik . . . . .	38—40
× Rahmenplanung als Minimalplanung . . . . .	40—42
Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung . . . . .	42—44
<b>III. Die Steigerung des Beschäftigungsvolumens</b>	
Staatliche Konjunkturpolitik . . . . .	44
Auf Engpässe gezielte Strukturpolitik . . . . .	44—45
Gegen Inflation und Deflation . . . . .	45—47
Die finanzpolitische Revolution . . . . .	47—49
Der volkswirtschaftliche Gesamthaushalt . . . . .	48—49
Die Mittel der Rahmenplanung . . . . .	49—50
<b>IV. Die Gesamtanfrage</b>	
Die Lage in der Bundesrepublik . . . . .	50—52
Sozialpolitik als Wirtschaftspolitik . . . . .	52—53
Zusammengefaßtes Schwerpunktprogramm . . . . .	53—54
Die einheitliche Wirtschaftspolitik . . . . .	54
Parlamentarisierung der Wirtschaftspolitik . . . . .	54—55
Die Zeit des Liberalismus ist vorbei! . . . . .	55
Der freiheitliche Sozialismus lebt! . . . . .	55
<b>IV. Sozialdemokratische Finanzpolitik</b>	
Die Größenordnungen der Finanzwirtschaft . . . . .	57—58
Der Funktionswandel der öffentlichen Haushalte . . . . .	58—60
Die sozialen Daten der Finanzpolitik . . . . .	60—62
Die Sozialausgaben im Bundeshaushalt . . . . .	62—64
Volkswirtschaftliche Aufgaben der Finanzpolitik . . . . .	64—67
Produktivität und Steuerpolitik . . . . .	67—70
Die zentrale Finanzverwaltung ist notwendig . . . . .	70—72
Die Finanzverfassung muß geändert werden . . . . .	72—73
Wir brauchen die vereinfachende Steuerreform . . . . .	73—74
Die Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik . . . . .	74

<b>V. Grundsätze sozialdemokratischer Steuerpolitik</b>	
Gesunde Steuerpolitik — gesunde Wirtschaft . . . . .	75—76
Steuerreform nicht ohne Bundesfinanzverwaltung . . . . .	76
Sparsamkeit in der Verwaltung . . . . .	77
Steuervereinfachung . . . . .	77
Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit als Maßstab der Besteuerung . . . . .	77—79
Sozialpolitische Grundsätze für die Einkommensteuer . . . . .	79
Freibeträge in der Einkommensteuer . . . . .	79—80
Steuerbefreiung für das Existenzminimum . . . . .	80—82
Kapitalbildung durch Steuerreform . . . . .	82—83
Proportion und Progression in der Einkommensteuer . . . . .	83—85
Steuervergünstigung in der Einkommensteuer . . . . .	85
Tarifgestaltung in der Einkommensteuer . . . . .	86—88
Gegen die „Ehesteuer“ . . . . .	88
Betriebssteuer als Vereinfachung . . . . .	88—90
Die unsoziale Umsatzsteuer . . . . .	90—91
Die unsozialen Verbrauchssteuern . . . . .	91—92
Steuererfassung und Steuermoral . . . . .	92—93
Die Forderung des Tages . . . . .	93—94

# Einleitung

Einleitung zu den auf der Wirtschaftspolitischen Tagung der SPD am 27./28. Februar 1953 in Bochum gehaltenen Referaten.

Von Erich Ollenbauer, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

## Der Mensch soll seine Lebensordnung selbst gestalten.

Diese Tagung ist die zweite in einer Reihe von Veranstaltungen, die die Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Laufe dieser Wochen durchführt.

Dieses ist eine Wirtschaftspolitische Tagung. Es ist nicht meine Aufgabe, in dieser kurzen Einleitung die vielfältigen Probleme zu behandeln, um die es im Rahmen dieser Tagung geht. Aber einige allgemeinen Bemerkungen seien mir gestattet.

In der Präambel zu dem Aktionsprogramm, das die Sozialdemokratische Partei Deutschlands auf ihrem Dortmunder Parteitag im September 1952 beschlossen hat, heißt es:

„Eine sozialdemokratische Bundesregierung wird die Voraussetzungen für eine Gesellschaftsordnung schaffen, die es den Menschen gestattet, von bloßen Objekten wirtschaftlicher Zwangsläufigkeiten zu Gestaltern ihrer Lebensordnung zu werden.“

Damit ist weniger ein Versprechen gegeben als ein Anspruch erhoben worden. Der Anspruch des Menschen auf Selbstbestimmung auch im Erzeugungs- und Verteilungsprozeß, der die materielle Grundlage für die soziale und politische Existenz ist. Der Mensch ist nicht nur ein politisches Wesen und er ist auch nicht nur ein wirtschaftendes Wesen, sondern das sittliche Wesen Mensch begreift beides in sich und noch mehr als das.

## „Vermassung“ ist weder Schuld noch Schicksal.

Man betrachtet uns Sozialdemokraten gern als die Verantwortlichen für die sogenannte Vermassung. Soweit dieses Problem besteht, — und wir leugnen seine Existenz nicht — ist es das Resultat einer technischen und wirtschaftlichen Entwicklung, die sich, soweit die wirtschaftliche Entwicklung in Betracht kommt, ohne und gegen den Willen der Sozialdemokratie vollzogen hat. Ebenso falsch ist es, die Sozialdemokraten als die Förderer der Vermassung zu bezeichnen, weil wir Sozialdemokraten der Auffassung sind, daß der gesellschaftlich organisierte Mensch die materielle Grundlage seiner Existenz planend gestalten kann und soll. Man sagt, die geplante Wirtschaft führe zwangsläufig zu zentraler Verwaltungswirtschaft, die jede Unternehmerinitiative ebenso ersticke, wie sie die freie Konsumwahl unmöglich mache. Es führe die Wirtschaftspolitik der Sozialdemokratie zwangsläufig in den Kollektivismus.

Die Redner unserer heutigen Veranstaltung sind berufener als ich, sich mit dieser primitiven Auslegung sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik auseinanderzusetzen. Sie werden insbesondere die These unseres Aktionsprogramms von der Vereinbarkeit von „Freiheit und Planung“ erhärten. Mir sei hier nur ein Hinweis gestattet: In wenigen Wochen werden wir eines Mannes gedenken, der vor mehr als hundert Jahren, zu Beginn seines epochemachenden Lebenswerkes, feststellen mußte, daß die Existenzbedingungen des Menschen im Kapitalismus zur Selbstentfremdung des Menschen führen. Vor siebzig Jahren starb Karl Marx.

Ist nicht gerade diese Selbstentfremdung, die Entmenschlichung des Menschen die Vermassung? Was ist die Vermassung anderes als die erzwungene Entäußerung der Persönlichkeit? Das Spezialistentum, die Teilarbeit am Fließband, im Büro, im Laboratorium oder sonstwo ohne Kenntnis des Ganzen, ohne Einfluß auf das Ganze, ist die entscheidende Quelle der Vermassung. Die Teilarbeit ist aber Voraussetzung der Produktivität unserer heutigen Gesellschaftsordnung, und sie ist auch Voraussetzung und zugleich Folge des technischen Fortschrittes.

Es gibt noch eine andere Quelle der Vermassung. Sie liegt in der eigentumsmäßigen Trennung des arbeitenden Menschen von seinen Arbeitsmitteln. Wir wissen, daß die riesigen Apparate und Aggregate des heutigen Produktionsprozesses nicht an ungezählte individuelle Eigentümer aufgeteilt werden können. Entbindet uns aber diese Erkenntnis von dem Willen, eine Lösung des hier bestehenden tragischen Widerspruchs anzustreben? Wir wenden uns entschieden gegen die unhaltbare These, daß nur der Eigentümer der im Arbeits- und Verteilungsvorgang unserer heutigen Wirtschaft benutzten Arbeitsmittel zu entscheiden habe, wann, was, wieviel und wozu produziert wird. Dem arbeitenden Menschen muß auch dort ein Mitbestimmungsrecht gesichert werden, wo er aus zwingenden Gründen und ohne sein Verschulden individuelles Eigentum nicht erwerben kann.

### **Die Aufgaben der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik.**

Die Aufgabe einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist es, das demokratische Mitbestimmungsrecht in wirtschaftlichen Fragen in die Demokratie einzubauen und Planung und Freiheit harmonisch zu verbinden.

Der seit 1948 in der Bundesrepublik betriebenen Wirtschaftspolitik sind Mitbestimmung, Planung und Lenkung ein Greuel. Darum kann sie die uns in unserer Zeit gestellte wirtschaftspolitische Aufgabe nicht lösen. Die freie Unternehmerinitiative ist sicher lobenswert, und auch wir wollen sie nicht entbehren. Man soll aber weder die Unternehmer noch die dogmatischen Prinzipien des Neo-Liberalismus überfordern. Die Unternehmer können sich allenfalls dem wirtschaftlichen Konjunkturverlauf

anpassen, aber sie können nicht dem Konjunkturzyklus entgegengesetzt handeln. Die sogenannte freie Unternehmerinitiative kann unsere von vielfältigen Strukturbrüchen heimgesuchte Volkswirtschaft nicht heilen. Erfahrungsgemäß hat sie auch immer wieder gegenüber dem Auf und Ab der kapitalistischen Wirtschaft versagt.

Diese Prinzipien sind aber vor allem auch unbrauchbar gegenüber der Aufgabe, den unausweichlichen Neubau unserer Volkswirtschaft und darüberhinaus unseres gesamten gesellschaftlichen Zusammenlebens zu erfüllen. Die Notwendigkeit des Neubaus kann zumindest in unserem Land nicht geleugnet werden. Wie sollen wir sonst allein das Problem lösen, die rund 9,6 Millionen vertriebener und geflüchteter Menschen so in unsere Gemeinschaft einzuordnen, daß sie eine einigermaßen gesicherte materielle Existenz und die Möglichkeit einer menschenwürdigen Lebensgestaltung für sich und ihre Kinder erhalten. Allein schon die Zahlen lassen die Größe dieses Problems erkennen. 9 Millionen Menschen, das bedeutet die Einwohnerzahl von so blühenden Ländern wie Dänemark und die Schweiz zusammengenommen. Der australische Kontinent beherbergt nur insgesamt 8 Millionen Einwohner. Vergleichen Sie damit den engen westdeutschen Raum mit seinen nunmehr bald 50 Millionen Einwohnern.

Viele der Arbeitsfähigen aus dem Flüchtlingsstrom sind inzwischen von der Nachfrage aufgesogert worden, die der innere Aufbau und die von außen kommende Rüstungskonjunktur ausgelöst haben. Viele andere aber warten noch immer auf Arbeit; sehr viele andere können selbst nicht mehr arbeiten und bedürfen einer menschenwürdigen Versorgung.

Ein Fünftel der Einwohner der Bundesrepublik sind Heimatvertriebene; sie stellen mehr als 30 Prozent aller Arbeitslosen. Ihr Anteil an den Dauerarbeitslosen, d. h. Arbeitslosen, die länger als achtzehn Monate ohne Beschäftigung sind, beträgt mehr als 50 Prozent. Von 100 beschäftigten Heimatvertriebenen waren früher 35 wirtschaftlich selbständig; jetzt sind es 7. Die Zahl der in abhängiger Arbeit Stehenden ist von früher 65 auf jetzt 93 vom Hundert gestiegen. Welche soziale Umwälzung, aber auch welches individuelles Leid verbirgt sich hinter diesen kalten Ziffern.

Die bundesamtlichen Veröffentlichungen weisen ferner nach, daß der Anteil der Heimatvertriebenen an den Beschäftigten einer bestimmten Lohngruppe umso größer ist, je weniger der durchschnittliche Wochenlohn dieser Lohngruppe beträgt. Das bedeutet, daß der fachgeschulte Heimavertriebene nicht die gleiche Chance hat wie der Alteingesessene.

Gerade an dem Beispiel des sozialen Schicksals der Heimatvertriebenen zeigt sich, daß sich durch eine vernünftige Planung und Lenkung der Produktion, durch eine Politik der Vollbeschäftigung für den Einzelnen ein größeres Maß von Freiheit erringen läßt.

Dabei handelt es sich bei dem Vertriebenenproblem nur um einen Teil der sozialen Verpflichtungen, die wir als Folge der Hitlerdiktatur und des verlorenen Krieges zu erfüllen haben. Es gibt noch andere nicht minder große Lasten, denen wir nicht ausweichen können, und die wir nicht dadurch von uns abwälzen können, daß wir ihre Existenz ignorieren. Ich denke nur an die neuen Verpflichtungen, die der Bundesrepublik aus dem Zustrom von Flüchtlingen aus der Sowjetzone erwachsen. Ich denke an die große Zahl von Opfern des Krieges der verschiedensten Art, die unter uns leben und die einen Anspruch auf soziale Sicherheit haben. Wir werden auch neue Lasten zu übernehmen haben, um unsere Verpflichtungen gegenüber dem Ausland abzudecken; und in unserem Bewußtsein muß immer die große Aufgabe lebendig bleiben, die auf uns zukommen wird, wenn eines Tages die Wiedervereinigung Deutschlands Wirklichkeit wird. Es ist dann unsere Pflicht, dazu beizutragen, daß die Menschen in dem jetzt von der Bundesrepublik abgeschnittenen Teil so schnell wie möglich wenigstens den Lebensstandard erreichen, den wir zur Zeit in der Bundesrepublik haben.

### **Die freie Persönlichkeit sichert Demokratie und nationale Existenz.**

Von der Erfüllung dieser sozialen Leistungen hängt der Bestand der Demokratie, ja die nationale Existenz unseres Volkes ab. Wir können die auf uns ruhenden und die auf uns zukommenden Lasten und Aufgaben nur tragen und erfüllen, wenn es uns gelingt, unser Nationalprodukt zu vergrößern und das Volkseinkommen zu erhöhen. Das kann in dem notwendigen Maßstab nur geschehen durch

- Produktivitätssteigerung, also durch Modernisierung und Rationalisierung des Produktionsapparates;
- Vollbeschäftigung aller Produktionsfaktoren, vor allem aller vorhandenen Arbeitskräfte;
- Planung mit Hilfe eines Volkswirtschaftlichen Gesamthaushaltsplanes,
- Sicherung eines stabilen Niveaus nicht überhöhter Preise mit Hilfe des geschützten Wettbewerbs.

Der staatlichen Finanz- und Steuerpolitik fällt die Aufgabe zu, in diesem Zusammenhang alles in ihrem Bereich zu tun, was die Politik der Vollbeschäftigung fördern kann.

In diesem Sinne ist der Satz zu verstehen, der den Wirtschaftspolitischen Teil unseres Dortmunder Aktionsprogramms einleitet und der auch ungeschrieben als Leitwort über dieser Tagung steht:

„Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands erstrebt mit ihrer Wirtschaftspolitik die wirtschaftliche Befreiung der Persönlichkeit.“

## **Die Grundsätze sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik**

von Dr. Hermann Veit, MdB, Wirtschaftsminister und stellvertretender  
Ministerpräsident in Baden-Württemberg.

### **Das Programm von Dortmund.**

Diese wirtschaftspolitische Tagung der SPD hat den Zweck, das vom Dortmunder Parteitag im vergangenen Jahr verabschiedete Aktionsprogramm, soweit es sich mit Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik befaßt, aus der Komprimierung in wenige Leitsätze herauszulösen, es zu entfalten und zu erläutern. Damit soll ein weiterer Anstoß gegeben werden, sich mit den Zielen der SPD und den Mitteln, diese Ziele zu erreichen, zu beschäftigen, und zwar nicht nur in den Kreisen der Sachverständigen, sondern in den breiten Schichten des Volkes, die politisch interessiert sind. Das scheint uns umso notwendiger, als das deutsche Volk wegen der größeren Reichweite des Regierungsapparates, infolge der Einstellung vieler Zeitungen und dank dem Einsatz gewaltiger Geldmittel durch die Nutznießer der derzeitigen Wirtschaftspolitik auf diesem Gebiet sehr einseitig angesprochen wird.

Wenn wir die in Dortmund beschlossene Wegweisung für unsere Partei „Aktionsprogramm“ und nicht schlechthin „Programm“ genannt haben, so liegt darin eine bewußte Beschränkung der gestellten Aufgabe. Diese Beschränkung hat ihren Grund in der doppelten Erkenntnis, daß in einer im Umbruch stehenden Welt die Zeit der Programme auf lange Sicht noch nicht gekommen ist und daß in dem gespaltenen Deutschland auf vielen Gebieten nur Provisorien geschaffen werden dürfen, wenn die Spaltung nicht zum Dauerzustand werden soll.

### **Das Programm ist kein Dogma.**

Der provisorische Charakter des Aktionsprogramms schließt aber nicht aus, daß einzelne Ziele, die wir uns darin gesetzt haben, endgültiger Natur sind und immanente Bestandteile des sozialdemokratischen Wollens.

Die Wege jedoch, die uns diesen Zielen näherbringen, brauchen nicht endgültig und ein für alle Male bestimmt sein, sie können es gar nicht

sein auf einem so lebensvollen Kräftefeld wie es die Wirtschaft darstellt, wenn wir das Ziel nicht verfehlen wollen. Deswegen wird das zeit- und situationsbedingte Aktionsprogramm immer die adäquate Form der wirtschaftspolitischen Wegweisung sein und nicht das Dogma.

Der Wegweisung, sagte ich und wiederhole das Wort, um richtig verstanden zu werden. Der Weg, die Mittel ihn zurückzulegen, mögen und müssen veränderlich sein, wie die Zeit und die Kräfte, die sie auslöst und von denen sie gestaltet wird. Unverrückbar aber stehen vor unseren Augen die Ziele, zu denen wir streben und denen alles unterzuordnen ist.

Das sozialistische Ideal ist vorübergehend in die Verteidigung gedrängt. Das hat die mannigfachsten Ursachen. Einmal ist es der Mißbrauch, der mit dem Worte „Sozialismus“ getrieben worden ist und noch getrieben wrd. Das dritte Reich nannte seinen tragenden Gedanken „Nationalsozialismus“ und tarnte dahinter die imperialistische Diktatur eines Herrschers. Der Staatskapitalismus Sowjetrußlands und seiner Satelliten etikettiert seinen Termitenstaat ebenfalls mit dem Begriff des Sozialismus. Da ist es nicht verwunderlich, daß sich bei vielen gedankenlosen Menschen mit dem Begriff des Sozialismus der der Unfreiheit und des Zwangs verbindet. Daß diese Begriffsassoziation ein hohes Maß von Denkfaulheit voraussetzt, ergibt sich aus der einfachen Überlegung, daß keine politische Bewegung von den Machthabern des dritten Reiches glühender gehaßt und verfolgt worden ist und von den Bolschewisten und ihren Trabanten gehaßt und verfolgt wird, als der freiheitliche Sozialismus, während manche Männer der heutigen deutschen Wirtschaft und Wirtschaftspolitik die Gesetzgebungs- und Propagandamaschine des dritten Reiches bedienen halfen, die nicht nur den freiheitlichen Sozialismus, sondern auch den Liberalismus in Stücke zu schlagen hatte. Mit dem vieldeutigen Wort „Marxismus“ — es gibt keine „marxistische“ Wirtschaftspolitik —, versucht man das doppelte Ziel zu erreichen, einerseits den russischen Sklavenstaat mit dem freiheitlichen Sozialismus zu identifizieren und andererseits die bei uns ständig virulenten Kräfte des Antisemitismus wirksam werden zu lassen.

#### **Die SPD ist gegen die Zwangswirtschaft.**

So plump diese Methoden sind, sie finden die plumpen Köpfe, auf die sie wirken.

Eine der vielen Unwahrheiten, die man wider besseres Wissen als sozialistische Forderung anprangert, möchte ich herausgreifen, um an ihr die Skrupellosigkeit des politischen Kampfes gegen uns nachzuweisen. Es ist die Behauptung, die Sozialdemokratie wolle die Marktwirtschaft durch die Zwangswirtschaft ersetzen, wolle das verhaßte System der Rationierung wieder einführen, die Bezugscheine und Marken, die

stempelgewaltigen Beamten hinter den Schaltern und die Menschen-schlangen davor. Wir haben in Hunderten und Tausenden von Reden diese Unterstellung als böswillige Unwahrheit zurückgewiesen, so daß sich niemand mehr auf seinen guten Glauben berufen kann, wenn er die Behauptung wiederholt. Trotzdem ist eine Menge gut bezahlter Propagandisten der Unwahrheit am Werk, in Wort und Schrift und Bild diese Lüge immer wieder aufs neue ins Volk zu tragen und offenbar soll sie wiederum der Hauptschlager des kommenden Wahlkampfes werden. Ich möchte deswegen noch einmal klar und eindeutig feststellen:

Die Zwangswirtschaft ist von der SPD weder erfunden noch eingeführt worden. Als die Zwangswirtschaft dem deutschen Volk beschert wurde, waren die Nationalsozialisten an der Macht und die Sozialdemokraten in den Konzentrationslagern. Viele, die heute der Sozialdemokratie die Zwangswirtschaft in die Schuhe schieben wollen, haben damals in brauner oder schwarzer Uniform an ihrer gesetzlichen Fundamentierung gearbeitet. Daß die Zwangswirtschaft nicht sofort nach dem Zusammenbruch im Jahre 1945 abgeschafft wurde, hatte seine Ursache in der anhaltenden Mangellage und in der Geldentwertung. Das hat auch Prof. Erhard vor dem bizonalen Wirtschaftsrat anerkannt und er hat ja selbst als bayerischer Wirtschaftsminister nichts unternommen, um die Zwangswirtschaft zu beseitigen.

Nach der Währungsreform waren auch wir für einen Abbau der Zwangswirtschaft; aber nicht für eine schlagartige Beseitigung. Dieser Unterschied im Tempo lag nicht in unserer Vorliebe für diese verkrüppelte Wirtschaftsreform, sondern in der Sorge um die große Masse von Menschen, die bei schlagartiger Beseitigung der Zwangswirtschaft dem Raubzug der Sachwerthorter schutzlos preisgegeben waren, was zu sozial unerträglichen Bereicherungen und Vermögensansammlungen führen mußte. Wir haben weder für die Gegenwart noch für die Zukunft jemals die Zwangswirtschaft als erstrebenswerte Methode der Volkswirtschaft gepriesen noch gefordert.

#### **Der Mensch ist Sinn und Zweck des Wirtschaftens.**

Die sozialdemokratische Vorstellung von der Wirtschaft, ihren Zwecken und Methoden ist keine sich selbst genügende, um ihrer selbst willen verfochtene Wirtschaftsdogmatik.

Sie hat nur den einen Sinn und verfolgt nur den einen Zweck, dem Menschen und der menschlichen Gesellschaft zu dienen. Von dieser Sinngebung und Zwecksetzung aus schafft sie sich die Maßstäbe zu ihrer Kontrolle und immer erneuten Ausrichtung.

Daraus folgt zweierlei:

1. Daß wir das Recht für uns in Anspruch nehmen, die Funktion der Wirtschaft zu bewerten nach Maßstäben, die wir selbst geschaffen haben. Das bedeutet die Absage an die Idee eines aprioristischen, wertfreien Wirtschaftsgeschehens;
2. folgt aus der Forderung nach Kontrolle logisch das Recht zum Eingriff. Über das Maß und die Mittel ist noch zu diskutieren. Hier geht es nur um den Grundsatz. Wird er bejaht, so bedeutet das die Absage an die Idee der prästabilierten Harmonie im Wirtschaftsablauf.

Werden diese Ausgangspunkte akzeptiert, so haben wir zu fragen, welche Ziele unsere Wirtschaft anzustreben hat.

### **Die Ziele der Wirtschaft sind außerwirtschaftliche.**

Wir Sozialdemokraten stellen 3 wesentliche und unverzichtbare Ziele in den Vordergrund:

1. Möglichste wirtschaftliche Sicherheit des Menschen,
2. Freiheit des Menschen,
3. möglichst gerechte Verteilung des Sozialprodukts.

### **Die Sicherheit.**

Wenn ich die Forderung nach möglicher wirtschaftlicher Sicherheit des Menschen ausspreche, so höre ich schon das Kampfgeschrei unserer Gegner: Wohlfahrtsstaat, Staatsbetreuung von der Wiege bis zur Bahre, wo bleibt der Anreiz zur Leistungssteigerung, ja zur Leistung überhaupt, Absinken der Produktivität und damit des Sozialprodukts, Senkung des Lebensstandards, Unterliegen im Wettbewerb, Niedergang des Volkes.

Gemach, meine Herren! Daß wir diese Folgen nicht wollen, weil sie im Endeffekt das genaue Gegenteil unserer Zielsetzung wären, dürfen Sie uns unterstellen.

Warum stellen wir dieses Ziel auf und was wollen wir erreichen? Es gibt sehr forsche Leute vor allem in den Schichten des Großbesitzes, die den Gedanken der Existenzsicherung restlos ablehnen. Sie sagen, es sei schlecht für die Menschen, wenn man ihre Existenz sichere. Sie sollen sich nicht auf andere verlassen, sondern auf sich selbst. Sie hätten die Aufgabe, sich im Lebenskampf zu bewähren und wer dabei versage — nun, der habe es eben nicht besser verdient. Der Anreiz zur Leistung und zur Mehrleistung werde durch die Existenzsicherung erstickt usw. usw.

Wer sich diese Argumente ernsthaft zu eigen machen will, muß zum mindesten auch bereit sein, die Vererblichkeit großer Vermögensmassen zu untersagen, langfristige oder gar lebenslängliche Anstellungsverhältnisse zu verbieten und das Beamtenrecht dem des jederzeit kündbaren Angestellten anzugleichen.

Der schneidige Gedanke der Bewährung im Existenzkampf, ein Gedanke, der gewöhnlich nicht für die eigene Sippe erwogen wird, übersieht die statistische Feststellung, daß immer ein beträchtlicher Teil des Volkes aus dem Arbeitsprozeß herausgeworfen wird, ohne daß jemand ernsthaft behaupten möchte, daß dies das Heer der Taugenichtse sei und daß sie alle in Arbeit wären, wenn sie nur etwas tüchtiger wären.

Die Forderung der Bewährung scheidet demnach für einen Teil der Arbeitswilligen an der Aufnahmekapazität der Wirtschaft. Besonders kraß wirkt sich dieser Tatbestand in der Krise einer Volkswirtschaft aus, wenn aus Gründen, die mit der Leistung des Einzelnen oder der Gesamtheit in keinem Zusammenhang stehen, Millionenheere von arbeitswilligen Menschen in die Arbeitslosigkeit gedrängt werden, wo ohne Verschulden der Betroffenen ein Elend über sie kommt, das den schneidigen Bewährungsvorkämpfern die Stimme im Halse ersticken müßte.

Es geht uns nicht um die Existenzsicherung für Faulenzer und Untüchtige. Es geht uns darum, Millionen lebensfähiger und arbeitswilliger Menschen davor zu schützen, daß sie in die Reihen der arbeitenden Menschen nicht zugelassen oder aus ihnen wieder ausgestoßen werden, und zwar jeweils ohne irgend ein eigenes Verschulden.

Wir warten auf die Antwort unserer Gegner, ob sie mit uns dieses Ziel für die Wirtschaft aufstellen wollen oder ob sie glauben, es mit ihrem Gewissen, ihrer Humanität, ihrem Christentum vereinbaren zu können, den Dingen freien Lauf zu lassen und sich bestenfalls für eine Aufbesserung der Arbeitslosenunterstützung und -fürsorge einzusetzen.

### **Die Freiheit.**

Das zweite unverzichtbare Ziel der Wirtschaft ist die Freiheit des einzelnen Menschen.

Politische Freiheit ist mit wirtschaftlicher Freiheit unlösbar verknüpft. Der Liberalismus des 19. Jahrhunderts hat sich mit der Er kämpfung der staatspolitischen Freiheit für den Einzelnen begnügt und damit die Befreiung der Menschen auf dem halben Weg aufgegeben, weil er übersah, daß völliger Liberalismus auf dem Gebiet der Wirtschaft die staatspolitische Befreiung wenn nicht aufhebt, so doch wieder stark einengt. Formale Demokratie allein sichert den Menschen noch nicht die freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit. Demokratie ohne möglichst gerechte Wirtschaftsordnung wird zum Tummelplatz der Interessenten.

Aber selbst die formale Demokratie ist bei einem Versagen der Wirtschaft in Gefahr. Wir haben das selbst erlebt und in anderen Ländern gesehen, so daß ich es mir ersparen kann, hierfür Beweis anzutreten. Freiheit des Einzelnen ist gewährleistet, wenn die Zielsetzungen der SPD der Wirtschaft zur Richtschnur dienen. Möglichste Sicherheit der Existenz und die noch zu besprechende möglichst gerechte Verteilung des Sozialprodukts sind die Pfeiler, die die Freiheit und Würde des Menschen tragen, ihn davor bewahren, Spielball unkontrollierter Kräfte oder Ausbeutungsobjekt anderer Menschen oder des Staates zu werden, die Pfeiler, die es ihm ermöglichen, seine Persönlichkeit frei zu gestalten und aus einem Produktionsfaktor ein Mensch zu werden.

### Einkommen und Eigentum.

Die dritte Zielsetzung enthält die Forderung nach einer möglichst gerechten Verteilung des Sozialprodukts.

Um keine unnötigen Diskussionen aus einem Mißverständnis aufkommen zu lassen, muß einleitend festgestellt werden, daß wir unter einer möglichst gerechten Verteilung des Sozialprodukts auf keinen Fall die gleichmäßige Verteilung verstehen. Vielleicht gibt es einmal ein sittlich so hochstehendes Menschengeschlecht, daß dessen ethische Impulse, den Motor des Gewinnstrebens ersetzen könnte. Unsere Generation und wohl eine Reihe der uns folgenden wären dazu nicht in der Lage. Es kann sich also nur darum handeln, die Differenzierungen der Einkommens- und Vermögensbildungen abzuflachen, wenigstens so lange, als eine viel zu große Schicht der Bevölkerung um oder unter der Grenze des Existenzminimums zu vegetieren gezwungen ist.

Wie die Verhältnisse in dieser Beziehung in der Bundesrepublik liegen, ergibt sich aus den Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften vom Dezember 1952, wonach mehr als 40 Prozent aller abhängigen Erwerbstätigen im Bundesgebiet ein Monatseinkommen von höchstens 250.— DM haben, ungeachtet des Heers der Rentner und Unterstützungsempfänger, deren Einkünfte zum Teil wesentlich unter diesem Betrag liegen.

Sind unsere politischen Gegner der Meinung, daß dies ein gottgewolltes unabänderliches Schicksal ist, das wir mit Bedauern zur Kenntnis nehmen, oder erfüllt sie wie uns der unbeugsame Wille, eine Änderung dieser menschenunwürdigen Verhältnisse anzustreben? Auch hier frage ich nur wieder nach dem Grundsatz. Über die Mittel und Wege ist noch zu diskutieren. Aber es ist schon viel gewonnen, wenn die große Mehrzahl des deutschen Volkes entschlossen ist, Wege zur Beseitigung dieses sozialen Elends zu suchen.

### Gewogen — und zu leicht befunden.

Haben wir uns über die wesentlichen Ziele der Wirtschaftspolitik geeinigt — und ich hoffe, daß über die von mir bekanntgegebenen Ziele eine Einigung weit über den Rahmen der Wähler der sozialdemokratischen Partei möglich ist, — so gilt es nun zu untersuchen, ob die zur Zeit im Vordergrund des Interesses stehenden wirtschaftspolitischen Richtungen in der Lage sind, die gesteckten Ziele zu erreichen.

Wenn ich bei dieser Untersuchung mit dem sowjetrussischen Staatskapitalismus beginne, so bitte ich aus der Reihenfolge nicht etwa eine Wertung abzuleiten.

Es ist sicher, daß unsere zweite Zielsetzung, die menschliche Freiheit, von ihm nicht nur nicht erstrebt, sondern eindeutig abgelehnt wird. Diese Feststellung allein genügt, um diesen Weg als für uns ungangbar zu erklären. Das müssen auch diejenigen erkennen, die bei uns im Schatten leben, die Arbeitslosen, Fürsorgeempfänger, Rentner, zu niedrig bezahlte Hilfsarbeiter u. a. m. Wenn sie in ihrer materiellen Not sich vereinzelt bereit zeigen, den Preis der Freiheit, die ihnen in ihrem Elendsdasein nichts mehr gilt, zu bezahlen für materielle Vorteile, so müssen sie wissen, daß sie ein schlechtes Geschäft machen. Denn wer die politische und wirtschaftliche Unfreiheit wählt, hat keinerlei Gewähr dafür, daß ihm ein für diese Wahl gewährter materieller Vorteil auch erhalten bleibt. Er hat jedenfalls keine Möglichkeit, darum zu kämpfen. Aber auch die Ziele der Existenzsicherung und der möglichst gerechten Verteilung des Sozialprodukts werden nicht einmal angestrebt. Wie könnte die Existenz gesichert sein gegenüber einem allmächtigen Staat, dem der Einzelne recht- und schutzlos preisgegeben ist, gegenüber einem Staat, der diese Ohnmacht des Einzelnen will. Ob, wie, wo einer existiert, bestimmt allein der Staat und es gibt keinen Widerspruch gegen seine Entscheidung.

Und die möglichst gerechte Verteilung des Sozialprodukts? Nun, wir kennen die Zahlen und die ungeheuren Multiplikatoren, mit denen der Lohn eines einfachen Arbeiters vervielfältigt werden muß, um die Gehälter der Funktionäre zu erreichen.

Wir brauchen die Auseinandersetzung nicht fortzusetzen. Auch für den ärmsten Arbeitslosen ist der Bolschewismus nicht der Weg, der zu den von uns aufgestellten Zielen und damit zu einem menschenwürdigen Dasein führt.

Der andere Weg ist der der freien Wirtschaft, bei uns aus nicht ersichtlichen Gründen soziale Marktwirtschaft genannt, der Weg des Liberalismus oder neuerdings des Neoliberalismus.

Ehe ich mich mit der Frage beschäftige, ob dieser Weg zu unseren Zielen führt, möchte ich mich mit dem Lorbeer beschäftigen, der dieser Wirtschaftsform im Hinblick auf die deutsche Entwicklung in den letzten 5 Jahren gespendet wird. Es gibt Leute, sogar prominente Leute, denen zur Beweisführung für die Richtigkeit der derzeitigen deutschen Wirtschaftspolitik einfach der Hinweis auf die zahlenmäßigen Fortschritte der deutschen Wirtschaft in dieser Zeit genügt.

Ich habe nicht die Absicht, den Aufschwung der deutschen Wirtschaft zu verkleinern, ich will auch keinen Disput herbeiführen, ob diese oder jene Produktionsziffer, diese oder jene Zahl der arbeitenden Menschen oder der Arbeitslosen einer kritischen Nachprüfung standhält. Ich weigere mich auch nicht, der Beseitigung zwangswirtschaftlicher Fesseln und der Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien auf den dafür geeigneten Gebieten ihren gemessenen Anteil am Aufschwung der Wirtschaft zuzuteilen. Aber wir wehren uns gegen die Ausdehnung des Eigenlobs der Bundesregierung und der Koalitionsparteien auf Ursachen der Entwicklung, für die sie nichts können und an denen sie keinen Anteil haben.

Den entscheidenden Anstoß zum Aufschwung unserer Wirtschaft gab die Geldreform des Sommers 1948, durch die wieder ein Tauschmittel, Wertmesser und beständiger Wertträger in unsere Wirtschaft eingeführt worden ist. Ohne die Geldreform wäre ein Übergang zur Marktwirtschaft wirtschaftlicher und politischer Selbstmord gewesen. Den zweiten Anstoß gab die reiche Hilfe des amerikanischen Volkes vor allem durch die Gelder des Marshall-Planes. Über 12 Mrd. DM sind auf diese Weise befruchtend in die deutsche Wirtschaft geflossen. Die dritte Hilfe gab die sich langsam vollziehende Änderung der Haltung der Besatzungsmächte gegenüber der deutschen Wirtschaft (ich brauche hier nur an den Demontagestop und an die zunehmende Beseitigung von Produktionsbeschränkungen zu erinnern). Ein weiteres Antriebsmittel war der ungeheure zurückgestaute Bedarf in der ganzen Welt an Gütern aller Art, der eine Hochkonjunktur nie dagewesenen Ausmaßes jahrelang anhalten ließ, und schließlich wurde diese Hochkonjunktur noch einmal in die Höhe gepeitscht durch den Ausbruch des Korea-Krieges, durch die Kriegsfurcht in der ganzen Welt und durch die einsetzenden Rüstungen. Und nicht zuletzt müssen in diesem Zusammenhang der Lebenswille und die Leistungen des deutschen Volkes, der Arbeiter und Bauern, der Kaufleute, Handwerker und Techniker, der Unternehmer und freien Berufe und der Beamten genannt werden, denen wir den Neuaufbau zu verdanken haben.

Dieses Zusammenspiel mehrerer Ursachen hat den erstaunlich raschen Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft bewirkt und es berührt peinlich, daß der Lorbeer hierfür aus parteipolitischen Gründen einem ein-

zigen Mann um die Stirn gewunden wird. Die Peinlichkeit ist umso größer, als noch in unser aller Erinnerung ist, daß die Plötzlichkeit, mit der nach der Währungsreform die Marktwirtschaft gestartet worden ist, und die Planlosigkeit, mit der man in der Folgezeit die Wirtschaft sich selbst überließ, nicht nur auf sozialem Gebiet bitteres Unrecht geschaffen, sondern Fehlentwicklungen der Wirtschaft selbst gefördert haben.

### Unter falscher Flagge.

Aber das mag an anderer Stelle ausgetragen werden. Ich stehe bei der Frage, ob die vorherrschenden Wirtschaftsordnungen imstande sind, uns zu den aufgestellten Zielen zu führen, und ich habe jetzt die Aufgabe, zu untersuchen, ob die liberalistische Wirtschaftsordnung westdeutscher Prägung, die sich völlig zu Unrecht und irreführend „soziale Marktwirtschaft“ nennt, diese Aufgaben lösen kann.

Erste Frage: Kann die liberalistische Wirtschaft die Existenzsicherung, die wir fordern, gewähren?

Sie kann es nicht. Sie kann es nicht einmal in einer so außergewöhnlich und langdauernden Hochkonjunktur, wie wir sie in den letzten fünf Jahren hatten. Es ist in dieser Zeit nicht gelungen, die Arbeitslosenziffer unter 1 Million herunterzudrücken und wir haben im gegenwärtigen Winter ein Anschwellen auf beinahe 2 Millionen erlebt. Was würde erst geschehen in einer abwärts gerichteten Wirtschaftsentwicklung in der Zeit der Depression oder gar der Krise? Die Regierung, getreu dem Dogma ihrer Wirtschaftspolitik und jedem Interventionismus abhold, wäre nicht in der Lage, mit dem Arbeitslosenproblem fertig zu werden, weil es gar nicht in ihre Konzeption paßt, in den Wirtschaftsaufbau einzugreifen. Wenn sie sich schließlich unter dem Druck der Verhältnisse und gegen ihren Willen zu Maßnahmen gezwungen sähe, so kämen diese zu spät, weil die Dämme bereits durchbrochen und die Flut des Elends sich über das Land ergossen hätte. Die Wirtschaftskrise ist für die liberalistische Wirtschaftsordnung wesentlich. Sie ist geradezu eine Seite dieser Ordnung, eine Seite allerdings, die man nicht gerne ansieht, um den guten Eindruck der anderen Seite nicht zu verwischen.

Wer die freie Wirtschaft bejaht, muß sich auch zur Krise bekennen. Die völlige Freiheit der Investitionstätigkeit bringt die Gefahr der Überinvestition mit sich, die dann lawinenartig die depressiven Kräfte auslöst, bis die Wirtschaft in der Krise den tiefsten Punkt erreicht hat. Nun zieht ein Zusammenbruch viele andere nach sich und die damit verbundene Arbeitslosigkeit potenziert die Krise, weil der Absatz in einer sich überstürzenden Weise ins Stocken gerät.

Nun erhebt sich der Schrei nach dem Staat. Liberale reinsten Wassers, Gegner staatlicher Einmischung, schreien nach dem Staat und seiner Hilfe. Der müßte konsequenterweise auf den Marktautomatismus verweisen. Aber welcher Staat kann das? Welche Demokratie vermag sich dem Willen des ganzen Volkes zu entziehen? Und wenn jemand wirklich den Mut zur restlosen Konsequenz aufbrächte und das Wirken der Marktgesetze abwarten wollte, so müßte er damit rechnen, daß zu den die Automatik bildenden Kräften auch und vornehmlich der Wille der breiten Massen gehört, der keineswegs sich an die Legalität binden läßt. Zum freien Spiel der Kräfte kann sich und wird sich in Zeiten bitterster Not die Revolution gesellen und wird das „Auspendeln“ zu einem beschleunigten Ende führen. Die freie Wirtschaft vermag bei der weitgehenden Arbeitsteilung und den gewaltigen Akkumulationen von Arbeitsplätzen in den einzelnen Unternehmungen mit der Krise aus eigener Kraft nicht mehr fertig zu werden. Die Wirtschaftskrise im modernen Industriestaat ruft aber sofort die Gefahr der Staatskrise herauf. Wer sich zum Liberalismus bekennt, muß sich auch dazu bekennen, daß er dieses ungeheure Risiko in Kauf nimmt, ein Risiko nicht nur für die Arbeiter, das vielleicht mancher auf sein Gewissen zu nehmen bereit wäre, sondern ein Risiko auch für den Unternehmer, für den Staat und das ganze Volk.

### Das Unvermögen des Liberalismus.

Nicht nur der konjunkturellen, auch der strukturellen Arbeitslosigkeit steht der Liberalismus ohnmächtig gegenüber. Die moderne Industrialisierung hat Zentren der Beschäftigung geschaffen, in denen sich in höchst unerwünschter Weise große Massen unselbständiger Arbeiter zusammendrängen. Daneben liegen Gebiete, die unter dem Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten leiden, aus dem sich schwere soziale und finanzielle Probleme ergeben. Diese unglückliche Strukturierung ist der Willkür der sich selbst überlassenen Wirtschaft zuzuschreiben und wirkt sich heute, wo wir fast 10 Millionen Flüchtlinge haben aufnehmen müssen, besonders verhängnisvoll aus. Diese unterentwickelten Gebiete werden, wenn das völlig freie Spiel der Kräfte anhält, weiter unterentwickelt bleiben, die finanzielle und kulturelle Not wird größer und die um sich greifende Landflucht wird das Verhängnis noch erweitern, weil sie zusätzlich noch Störung der landwirtschaftlichen Produktion und damit Einengung des Nahrungsspielraums oder unnötige Ausdehnung devisenfressenden Imports zur Folge hat. Daß wir das Problem der Arbeitslosigkeit noch nicht überwunden haben, hat mit seine Ursache in der ungenügenden, weil konzeptionsfremden, planvollen Beseitigung der strukturellen Arbeitslosigkeit, ein Problem, dessen sich die freie Wirtschaft nach den für sie geltenden Gesetzen nicht oder nur am Rande und beinahe zufällig annimmt.

### Existenzunsicherheit.

Der Liberalismus ist nach all dem außerstande, das Ziel der Existenzsicherung zu erreichen, er ist nicht einmal dazu gewillt. Es ist ein Glück für die Vertreter der liberalistischen Wirtschaftsordnung, daß ihnen in den Nachkriegsjahren die Bewährung in der Zeit der Krise erspart geblieben ist. Viele, die die gegenwärtige Hochkonjunktur als die Auswirkung der liberalistischen Wirtschaftspolitik ansehen und sich deshalb zu ihren Anhängern zählen, würden sich selbst nicht mehr verstehen, wenn sie den Liberalismus in der Krise zu erleben gezwungen wären.

### Unfreiheit.

Zweite Frage: Kann die liberalistische Wirtschaft die Freiheit des Menschen gewährleisten?

Mancher mag auf der Zunge haben: Törichte Frage, nur sie kann das und sonst keine Wirtschaftsform. Aber sehen wir genauer zu. Es ist hier nicht die Frage der bürgerlichen Freiheit gestellt, die ja in der Demokratie gewährleistet ist. Es geht um die wirtschaftliche Freiheit, ohne die die bürgerliche allerdings eine unvollkommene ist. Der Begriff der wirtschaftlichen Freiheit ist schwer zu definieren. Ich möchte, um ihn nicht zu weit auszudehnen, mich mit einer wohl etwas groben, aber wie mir scheint, doch im Großen und Ganzen brauchbaren negativen Feststellung begnügen. Wirtschaftlich unfrei sind die unselbständigen Arbeitskräfte, die durch die Arbeitsmarktlage, insbesondere durch Arbeitslosigkeit gezwungen sind, zu feiern oder ihre Arbeitskraft zu billig zu verkaufen, wirtschaftlich unfrei sind alle diejenigen, die an oder unter der Grenze des Existenzminimums leben müssen. Denn den einen fehlt die Freiheit, über ihre Arbeitskraft so zu verfügen, daß sie nicht zum Vorteil eines anderen ausgebeutet werden, im Falle der Arbeitslosigkeit fehlt ihnen überhaupt die Freiheit, ihre Arbeitskraft für den eigenen Lebensunterhalt einzusetzen. Den anderen aber fehlt die Freiheit, über die nackte Existenzhaltung hinaus die zur Führung eines menschenwürdigen Daseins notwendigen Dispositionen zu treffen.

Ist der Liberalismus in der Lage, allen Menschen die wirtschaftliche Freiheit und damit die vollkommene bürgerliche Freiheit zu verschaffen?

Auch diese Frage ist zu verneinen, und zwar aus dem doppelten Grund, weil der Liberalismus dieses Ziel gar nicht erreichen will und, wenn er es wollte, nicht erreichen könnte. Zum Teil ist die Beweisführung schon in der Beantwortung der ersten Frage enthalten, wo ich versucht habe, nachzuweisen, daß der Liberalismus nicht imstande ist, das Problem der Vollbeschäftigung, der Beseitigung struktureller Arbeitslosigkeit und die Verhinderung oder mindestens Abflachung der Krisen zu lösen. Daß er auch die Aufgabe, allen Menschen ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen, nicht zu lösen vermag, werde ich bei der Beantwortung der dritten Frage zu beweisen versuchen.

## Ungerechtigkeit.

Prüfen wir nun, ob der Liberalismus das dritte Ziel erreichen kann, die möglichst gerechte Verteilung des Sozialprodukts.

Die Anhänger des Liberalismus preisen ihn wegen der Wirkungen des Wettbewerbs. Sie glauben, daß er geradezu soziale Funktionen ausübe, daß er die Produktion zwingt, immer besser und immer billiger Güter herzustellen, so daß die Kaufkraft, also der Reallohn der breiten Käuferschichten ständig steige. Auf diese Weise wirke er auch insoweit auf eine gerechtere Verteilung des Sozialprodukts hin, als der Unternehmer seinen Gewinn immer mehr schmälern müsse, um im Rennen zu bleiben, während das Einkommen der kaufenden Bevölkerung durch die Verbilligung der Produkte ständig steige. Es liegt mir fern, den Wettbewerb zu verdammen. Wir möchten seine guten Funktionen in unserer Wirtschaft nicht missen. Aber man soll seine Bedeutung nicht übertreiben und auch seine Schattenseiten erkennen.

### Wettbewerb ist Mittel — kein Ziel.

Zunächst ist es ein Irrtum, zu glauben, daß auf allen Teilmärkten unseres Wirtschaftslebens der Wettbewerb herrsche. Es gibt bedeutende Wirtschaftszweige und darunter solche mit Schlüsselstellungen, die von Monopolen oder Oligopolen beherrscht werden. Hier findet kein Wettbewerb statt. Der Monopolist diktiert dem Markt den Preis. Auf anderen und nicht wenigen Teilmärkten herrscht das Kartell. Man spricht sich untereinander ab, welcher Preis nicht unterschritten, welche Qualität nicht überschritten werden darf, welche Verkaufsbedingungen vorzuschreiben sind. Daß wir auf weiten Gebieten keine Wettbewerbswirtschaft haben, beweisen die Bemühungen der Bundesregierung, ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen zustande zu bringen. Damit wird zugegeben, daß vor Erlaß dieses Gesetzes eine unvollkommene Wettbewerbswirtschaft besteht und deshalb sollte man nicht von einer Wettbewerbswirtschaft und ihren Segnungen sprechen. Ich habe allerdings keinen Glauben daran, daß die Bundesregierung das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode des Bundestags in Kraft setzen kann. Denn der Protest der Industrie ist außerordentlich stark und es ist nicht anzunehmen, daß die Bundesregierung sich die Feindschaft der Industrie unmittelbar vor den Wahlen zuziehen will, mag auch die Wettbewerbswirtschaft noch ein weiteres Jahr eine höchst unvollkommene sein.

Ist somit die von der Wettbewerbswirtschaft erwartete Wirkung im Sinne unserer Zielsetzung schon deshalb höchst problematisch, weil eine solche Wettbewerbswirtschaft auf weiten Gebieten unserer Wirtschaft gar nicht vorhanden ist, so bleibt noch zu untersuchen, ob es möglich sein wird, eine vollendete Wettbewerbswirtschaft herzustellen, und ob diese dann in der Lage wäre, das Ziel zu erreichen.

Es ist in hohem Maße unwahrscheinlich, daß es jemals gelingt, eine vollendete Wettbewerbswirtschaft herzustellen. Das vorgeschlagene Gesetz sieht selbst eine Reihe von Ausnahmen vom Kartellverbot vor und die Industrie wehrt sich gegen eine Verbotsgesetzgebung und wünscht statt dessen, daß nur der Mißbrauch von Kartellabreden verfolgt werden soll. Man sieht hier, wie wenig die eifrigsten Verfechter des Liberalismus bereit sind, diesen in die Tat umzusetzen, wenn die eigenen Interessen bedroht sind. Kartelle sind planwirtschaftliche Einrichtungen und trotzdem bei den Interessenten nicht verpönt, weil es sich hier um die Planwirtschaft der Unternehmer handelt. Im übrigen ist es unmöglich, eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung auf dem Prinzip des Wettbewerbs aufzubauen. Denn Wettbewerb ist kein friedliches Messen der Leistungen, sondern Kampf bis zum bitteren Ende und das bittere Ende bedeutet nicht nur, daß ein Unternehmer seinen Betrieb verloren hat, sondern häufig auch eine große Zahl von Arbeitern und Angestellten die Arbeitsplätze und schließlich, daß der Sieger im Wettbewerb unter Umständen am Ende den Markt beherrscht. So hat selbst Röpke über die Konkurrenz schon wiederholt zitierte kritische Worte gefunden und die Konkurrenz „soziologisch-moralisch“ ein „gefährliches Prinzip“ genannt, „das eher auflöst als verbindet“. Ich will diesen Teil der Betrachtung hiermit abschließen und nur noch andeuten, wie schwierig mit dem Fortschreiten der Technik und der Kompliziertheit der Güter dem Verbraucher eine wirkliche Entscheidung über den Wert der im Wettbewerb stehenden Güter gemacht wird.

Mit dem Wettbewerb ist also das Ziel der möglichst gerechten Verteilung des Sozialprodukts nicht zu erreichen. Daß auch ein vollendeter und wirklich preissenkender Wettbewerb denen keine nennenswerte höhere Beteiligung am Sozialprodukt brächte, die als Arbeitslose oder Rentner kaum das Existenzminimum erreichen, liegt auf der Hand. Auch hier zeigt sich, daß der Automatismus der liberalen Wirtschaft sich jenseits von Gut und Böse abspielt und Postulate menschlicher Ethik überhaupt nicht zur Kenntnis nimmt.

Ich habe mit diesem zweiten Teil meiner Ausführungen den Versuch unternommen, zu prüfen, ob die Wirtschaftsordnungen, die im Vordergrund des Interesses stehen, geeignet sind, die drei unverzichtbaren Forderungen, die wir eingangs der Wirtschaft gestellt haben, zu erfüllen, und ich bin zu einem eindeutigen Nein gekommen.

### Mittel und Wege der SPD.

Nun ist noch die Aufgabe zu erfüllen, die sozialdemokratischen Vorstellungen über Mittel und Wege vorzutragen, die zu den von uns aufgestellten Zielen führen. Diese Mittel und Wege sind in unserem Ak-

tionsprogramm dargestellt. Sie werden in den nachfolgenden Referaten von meinen Parteifreunden im einzelnen erläutert werden. Ich könnte mich demnach darauf beschränken, den Ansager zu spielen. Aber ich glaube, daß es zur Abrundung dieses Referats gehört, wenn ich, ohne den nachfolgenden Rednern vorzugreifen, wenigstens in großen Zügen die Wege schildere, die wir glauben, dem deutschen Volke und seiner Wirtschaft empfehlen zu sollen.

Unsere Vorschläge dienen gleichzeitig allen drei Zielen, die wir uns gesteckt haben.

Um den Menschen die Sicherheit der Existenz zu geben, erstreben wir Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung. Dazu dient eine wachsame aktive Konjunkturpolitik, die gleichzeitig die Aufgabe hat, die Krisen nach Möglichkeit abzuwehren oder sie, wenn sie nicht vollständig abgewehrt werden können, in ihrem Verlauf abzuflachen. Das bedeutet weder eine Planwirtschaft im Sinne der östlichen Wirtschaftsordnung noch die Errichtung einer überdimensionalen Bürokratie. Während man in der derzeitigen Wirtschaftspolitik jeden nach seiner Façon wirtschaften läßt und nur aufmerkt, wenn SOS-Rufe ertönen, soll nach unserer Auffassung die Wirtschaftsführung einen kleinen Stab von ausgewählten Mitarbeitern zur Verfügung haben, der ständig den Wirtschaftsablauf im Auge behält, aktuellste Berichte vorlegt und Maßnahmen vorschlägt, wenn eine gefährdende Entwicklung sich anbahnt. Gleichzeitig muß ständig daran gearbeitet werden, die Produktion und die Produktivität zu steigern, um das Sozialprodukt und den Lebensstandard zu erhöhen. Die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der strukturellen, ist ebenfalls Aufgabe dieser Berater. Durch Einsatz von Staatsmitteln oder Staatsbürgschaften müssen unter Berücksichtigung der Kapazitäten und der Möglichkeit ihrer Vergrößerung neue Arbeitsplätze errichtet werden.

Planung und Wettbewerb sind keine Gegensätze und schließen sich nicht aus. Die Planung soll sich grundsätzlich auf die Investitionen beschränken, die sich im Rahmen eines volkswirtschaftlichen Gesamthaushalts abzuspielen hätte. Dabei ist nicht an eine Genehmigungspflicht für jede Investition gedacht, sondern an die vorausschauende Erwägung, in welchem Umfang das Sozialprodukt den Investitionen zuzuführen ist und welche Investitionen besonders erwünscht, welche besonders gefährlich sind, um auf diese Weise das Entstehen von Disproportionalitäten oder Engpässen zu verhindern.

Es ist leicht erkennbar, daß in diesem Rahmen sowohl unternehmerische Initiative als auch der Wettbewerb genügend Raum haben. Entscheidend ist, daß eine günstige Entwicklung der Wirtschaft für das ganze Volk gefördert und nachteilige Tendenzen hintangehalten werden.

Neben dem Ziel einer Produktionssteigerung steht das der gerechten Verteilung des Arbeitsproduktes. Die heute bestehenden krassen Einkommensunterschiede müssen gemildert werden. Der Staat kann hier allerdings nur indirekt tätig sein. Denn in einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung muß unter normalen Bedingungen, d. h. bei freien Preisen, die Aushandlung der Löhne Sache der Sozialpartner sein. Eine Zwangsschlichtung von Lohnstreitigkeiten durch den Staat ist ebenso abzulehnen wie die Behinderung von gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen zur Erzielung höherer Löhne. Soweit der Staat selbst Arbeitgeber oder Dienstherr ist oder soweit er Renten und Unterstützungen zu zahlen hat, müssen diese den veränderten Lebenshaltungskosten angepaßt werden, möglichst unter Vermeidung des bisher vielfach angewandten Systems einmaliger oder wiederholter Teuerungszuschläge.

Bei der Beurteilung von Lohn- und Gehaltsforderungen sind im übrigen nicht nur die veränderten Lebenshaltungskosten zu berücksichtigen, sondern auch das Wachsen der Gesamtproduktion. Es darf nicht vergessen werden, daß das arbeitende Volk bisher an der Vermögensbildung fast überhaupt nicht beteiligt war. Die im Zuge des Wiederaufbaus neugeschaffenen Investitionsgüter sind beinahe ausschließlich in das Eigentum einer kleinen bevorzugten Schicht gefallen. Bei den Arbeitnehmern gezahlte Lohn war kein Äquivalent, da er im allgemeinen nur die notwendigen Konsumaufwendungen deckte. Eine Möglichkeit, etwa über den Kapitalmarkt an den neugeschaffenen Werten beteiligt zu werden, gab es praktisch nicht. Eine völlig gerechte Beteiligung der Arbeitnehmer über den Lohn allein erscheint so lange nicht möglich, als in der Periode des Aufbaus die allgemeine Investitionsrate auf einem überhöhten Stand sein muß. Es liegt hier ein in einer sozialen Wirtschaftsordnung gestelltes Problem vor, an dessen befriedigender Lösung die zuständigen Ausschüsse der Partei zurzeit arbeiten.

Im übrigen muß die gerechtere Verteilung des Sozialproduktes eine Aufgabe der Steuerreform sein, worüber Sie in den folgenden Vorträgen so eingehend unterrichtet werden, daß ich mir Ausführungen hierzu wohl ersparen darf.

Der Sicherung der Realeinkommen muß eine aktive Preispolitik dienen. Die Zollschränken sollen grundsätzlich dem Schutze der heimischen Produktionsbetriebe dienen, deren Erhaltung im Interesse der ganzen Volkswirtschaft liegt. Gerade hier dürfen nur gesamtwirtschaftliche, keinesfalls jedoch Sonderinteressen, ausschlaggebend sein. Dazu muß eine elastische und schnell reagierende staatliche Vorratswirtschaft und — soweit erforderlich — Einfuhrwirtschaft hinsichtlich der landwirtschaftlichen Produkte kommen, die durch Aufrechterhaltung einer reichlichen Marktversorgung den Verbraucher vor Überpreisen schützt, aber auch Rücksicht nimmt auf die gerechte Vergütung für die bäuerliche Tätigkeit. Dies setzt eine ständige Marktbeobachtung voraus. Auch

auf eine Preisüberwachung wird man nicht verzichten können. Sie ist einfach, jedoch wirkungsvoll zu gestalten. Nicht Verfolgung von Kleinigkeiten, aber harte Bestrafung von offenbarem Preiswucher sind geboten.

Endlich gehört in diesem Zusammenhang die Gewährleistung eines lautereren Wettbewerbs auf den dafür geeigneten Gebieten. Soweit Monopole aus volkswirtschaftlichen Gründen nicht zu vermeiden sind, müssen sie unter dauernder staatlicher Beaufsichtigung hinsichtlich ihres Zweckes und ihrer Wirkungen stehen. Die Gesetzgebung sollte bei der Kartellbekämpfung weniger auf den Wirtschaftssektor abheben, auf dem das betreffende Kartell gebildet werden soll, als auf die tatsächliche Auswirkung des einzelnen Kartells und seine positive oder negative volkswirtschaftliche Beurteilung. Weiter ist die Bildung von Genossenschaften und anderer Unternehmensformen, die einen wertvollen Wettbewerbsimpuls geben können, zu fördern.

Die Verstaatlichung des Eigentums an den Produktionsmitteln stand in der Vergangenheit im Vordergrund sozialistischer Programme. Das ist heute nicht mehr der Fall. Die Sozialdemokratie hat sich in ihrem Dortmunder Aktionsprogramm ausdrücklich zum kleinen und mittleren Eigentum bekannt und versprochen, es zu fördern. Das gilt auch für das Eigentum an Produktionsstätten.

Dagegen fordert die Sozialdemokratie nach wie vor die Überführung der Grundstoffindustrie, vor allem der Erzeugerbetriebe von Kohle, Eisen, Stahl und Energie in Gemeineigentum.

Im Aktionsprogramm sind 3 Gründe für diese Forderung angegeben, die keines Kommentars bedürfen:

1. Die ständig wachsende Versorgung der Wirtschaft mit Roh- und Grundstoffen, insbesondere Kohle, Eisen, Stahl und Energie ist die Voraussetzung für die Vollbeschäftigung. Diese Versorgung ist nur gewährleistet durch die Überführung der Grundstoffwirtschaft in Gemeineigentum, die allein eine volkswirtschaftlich sinnvolle Investitionspolitik und notwendige Rationalisierungen sicherstellt.
2. Nur die Überführung in Gemeineigentum kann verhindern, daß Wirtschaftszweige von dieser volkswirtschaftlichen Bedeutung privatkapitalistischen Interessen dienen und wieder zu politischen Zwecken mißbraucht werden.
3. Eine Sozialisierung der Grundstoffwirtschaft ist für die deutsche Wirtschaft umso mehr geboten, als durch Machtspruch der Alliierten eine zerstörerische Entflechtung durchgeführt, durch Beitritt Deutschlands zum Schumanplan die Benachteiligung der westdeutschen Kohle- und Eisenwirtschaft vertraglich festgelegt und damit Schä-

den angerichtet wurden, die durch eine Sozialisierung wenigstens zum Teil ausgeglichen werden können.

Zu diesen Gründen kann noch ein vierter hinzugefügt werden: Die Eigentumsverhältnisse der Montangesellschaften an der Ruhr sind so, daß neben einigen wenigen Unternehmungen, in denen noch ein mehr oder minder starker Familieneinfluß besteht, die übrigen Aktiengesellschaften ein sehr gestreutes Kapital haben. Daneben gibt es schon eine beachtliche Anzahl von Gesellschaften, vor allem in der Kohle, die bereits dem Staat gehören.

Die Praxis hat gezeigt, daß die spärlichen Rechte der Aktionäre von diesen nur in sehr geringem Umfang wahrgenommen worden sind. Auf Grund des Depotstimmrechts ließen sich die Aktionäre in der Regel durch ihre Banken vertreten, die häufig gleichzeitig mit den einzelnen Gesellschaften verbunden waren. Das Ergebnis war, daß große und entscheidende Teile der Wirtschaft durch eine Gruppe von Direktoren aus Industrie und Finanz kontrolliert wurden, die unter sich in der vielfältigsten Weise verbunden sind. Eine Kontrolle durch den Eigentümer ist dadurch fast ganz verschwunden. Es ist daher nur folgerichtig, wenn sich mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß diese Großunternehmungen Institutionen eigener Art geworden sind, die nicht mehr allein den Aktionären, sondern ebenso den Arbeitnehmern und der Öffentlichkeit verantwortlich sein sollen. Die Überführung in Gemeineigentum ist damit nur der Schlußstein einer langen Entwicklung.

Die Überführung der Grundstoffindustrie in Gemeineigentum war nach Kriegsende nicht nur eine Forderung der Sozialdemokratie. Die CDU hat in ihrem Ahlener Programm sich zu der gleichen Forderung bekannt. Wir hoffen, daß sie zu ihrer besseren Einsicht zurückkehrt, wenn wir demnächst den Gesetzentwurf betr. die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum dem Bundestag vorlegen.

Unser Aktionsprogramm behandelt in dem Abschnitt „Wirtschaftspolitik“ noch die Probleme des Handwerks, der Landwirtschaft und Ernährung und des Wohnungsbaus.

Über die Methoden, die wir zur Förderung dieser Wirtschaftszweige vorschlagen, brauche ich im einzelnen nichts zu sagen, weil das Aktionsprogramm darüber klare Angaben enthält, auf die ich Sie verweisen darf. Wir haben diese drei großen Gebiete unserer Wirtschaft besonders herausgestellt, weil sie in einer Wirtschaftspolitik des Liberalismus großen Gefahren ausgesetzt sind und weil wir zum Ausdruck bringen wollen, daß es nach unserer wirtschaftspolitischen Konzeption notwendig erscheint, ihnen Obhut und Hilfe zu gewähren.

Das Handwerk schien mit dem mächtigen Vordringen der Industrie dem Untergang verfallen. Aber es hat sich, wenn auch nicht in allen seinen

Zweigen, so doch in seinem Kern gehalten. Das war nur möglich durch die besondere Organisation, die dem Handwerk gegeben wurde und durch seinen mit dem Meisterlittel bekundeten Willen zur Qualitätsleistung. Wir haben deshalb die Bestrebungen unterstützt, die von einer Besatzungsmacht aufgehobene Handwerksordnung wieder einzuführen. Heute muß ihm vor allem an die Hand gegangen werden, daß es in der notwendigen Rationalisierung seiner Betriebe nicht zurückbleibt und in den schwierigen Exportfragen Beratung findet, um auch am Weltmarkt seine Leistungsfähigkeit unter Beweis zu stellen. Auch die Frage der Kapitalversorgung des Handwerks bedarf der Lösung, zu der die liberalistische Wirtschaft offenbar nur sehr beschränkt befähigt ist. Wir werden aber darüber wachen, daß keine zünftlerischen Ideen aufkommen und daß das Verhältnis der Handwerksmeister zu ihren Gesellen keine patriarchalischen Züge aufweist, sondern getragen ist von dem Geist der Verbundenheit in Arbeit und Verantwortung.

Über die Landwirtschaft sei mir noch ein kurzes Wort gestattet. Es ist offenbar auch den Wirtschaftsexperten des liberalistischen Lagers in der Bundesrepublik klar, daß der Liberalismus unseren Bauernstand in große Gefahr bringt. Deswegen läuft unsere Wirtschaftspolitik, wenn man darunter nicht nur die gewerbliche, sondern die gesamte, also auch die bäuerliche Wirtschaft versteht, zweigleisig, die gewerbliche Wirtschaft auf dem Gleis des Liberalismus, die bäuerliche auf dem Gleis der Marktordnung, also der staatlichen Intervention. Das führt zu Spannungen.

Der Bauernstand ist an unserer Forderung der Existenzsicherung durch Vollbeschäftigung stärkstens interessiert, ebenso an der Forderung auf eine möglichst gerechte Verteilung des Sozialprodukts. Denn je größer und kaufkräftiger die Käuferschicht ist, umso besser ist der Absatz landwirtschaftlicher Produkte sowohl in Bezug auf Menge als auf Preis. Es muß aber dafür gesorgt werden, und dazu zeigt das Aktionsprogramm die Wege, daß durch Bodenreform und Betriebsrationalisierung es dem Bauernstand ermöglicht wird, seine Leistungen zu steigern und das Preisniveau zu senken.

### **Die ewig junge Sozialdemokratie.**

Damit bin ich am Ende meiner Ausführungen angelangt. Ich glaube, Ihnen gezeigt zu haben, daß manche von den Vätern überkommene Vorstellung über die Sozialdemokratie nun endlich zum alten Eisen geworfen werden muß. Diese Partei wird nicht vom Neid angetrieben, sondern von einem unerschütterlichen Willen zur Gerechtigkeit. Sie denkt nicht daran, die Initiative, den Wagemut, den Erfinder- oder Organisationsgeist der einzelnen Menschen zu unterdrücken und durch die Befehle staatlicher Funktionäre zu ersetzen. Sie will die private

Initiative ebenso wie das private Eigentum erhalten mit Ausnahme des Eigentums an den Grundstoffindustrien, das schon längst reif ist, aus der privaten Verfügungsgewalt herausgenommen zu werden.

Die sozialdemokratische Partei sieht in staatlichem Zwang, insbesondere in einer Zwangswirtschaft, kein erstrebenswertes Mittel der Wirtschaftsführung. Aber sie ist auch nicht der Meinung, daß die staatliche Enthaltensamkeit auf dem Gebiet der Wirtschaft ohne Rücksicht auf den Ablauf und die Folgen des Wirtschaftsgeschehens hingenommen werden kann. Die Theorie des Auspendelns nach den eigenen Gesetzen der Wirtschaft ist nicht akzeptabel in einer Zeit höchster Arbeitsteilung und innigster Verflochtenheit des ganzen Volkes mit seiner Wirtschaft. Eine so arbeitseilige Wirtschaft ist keine Privatsache mehr. Der Staat muß ständig darüber wachen, daß sie zum Wohle der Gesamtheit funktioniert, und muß eingreifen, sobald sich Fehlleistungen zeigen. Wir leben im kalten Krieg. Der Gegner hat es gar nicht nötig, mit Truppen bei uns einzumarschieren. Bei der Verflochtenheit der Wirtschaft der Welt genügt eine politische Spannung in einem fernen Winkel der Erde, um die Märkte der Welt und damit ihre Wirtschaft in Unordnung zu bringen. Der Liberalismus hat dagegen kein Abwehrmittel. Die Abwehr besteht in der Bereitschaft der ganzen freien Welt, zusammenwirkend die Gegenmaßnahmen zu ergreifen, die uns vor den Auswirkungen solcher Erschütterungen zu schützen vermögen. Denn sonst ziehen als 5. Kolonne bei uns die Bataillone des Elends, des Hungers und der Not ein und gewinnen die erste Schlacht, ohne daß die Divisionen der europäischen Verteidigungsgemeinschaft sie zu schlagen vermöchten.

Und noch ein anderes Problem. In der Welt gibt es riesige unterentwickelte Gebiete mit gewaltigen Menschenmassen aber auch mit ungeheurem Elend. Sie sind der Ackerboden, auf dem der Kommunismus nur zu säen braucht. Daß er das versteht, hat er uns in China bewiesen. Diese Gebiete sind vom Liberalismus nicht entwickelt worden. Die liberalistische, ausschließlich nach dem Gewinn orientierte und von ihm angetriebene Privatwirtschaft wird diese Gebiete nie oder nur in der Form kolonialer Ausbeutung entwickeln. Hier erhebt sich eine gewaltige Aufgabe für alle Staaten der freien Welt, eine Aufgabe, die nur durch staatliche, und zwar zwischenstaatliche Intervention gelöst werden kann. Sie muß schnell in Angriff genommen werden. Denn der Gegner ist bereits zum Wettlauf gestartet.

Die weltpolitische Situation, in der es um Sein oder Nichtsein einer freien Menschheit geht, zwingt uns, ob wir wollen oder nicht, die Methoden des Liberalismus in unserem Sinne zu korrigieren: Freiheit, sogar völlige Freiheit, wo unsere Ziele von einer freien Wirtschaft erreicht werden, aber ständige Überwachung und Entschluß zum Eingriff, wo die freie Wirtschaft die Ziele zu verfehlen droht.

Wir schauen nach dem einzelnen Menschen. Sein Schicksal ist für uns der Index, nach dem wir uns richten. Was nützen uns die schönsten Produktionsziffern, wenn der Ertrag der Volkswirtschaft in der ungerechtesten Weise verteilt wird, wenn hinter der Prunkfassade einer volkswirtschaftlichen Bilanz sich Armut und Elend verbergen. Wir kämpfen dafür, daß die Wirtschaft in den Dienst des ganzen Volkes tritt. Wir vertreten nicht nur die Interessen der Armen. Denn jeder, ob Unternehmer oder Landwirt, Beamter oder Angehöriger eines freien Berufs ist daran interessiert, daß die Wirtschaft auf vollen Touren läuft, daß eine große Masse kaufkräftiger Menschen auf dem Markt auftritt und daß relative Zufriedenheit uns immun macht gegen alle diktatorischen Gelüste. Wir kämpfen für die wirtschaftliche Abwehrbereitschaft der freien Welt auf allen Gebieten der Erde im Interesse unseres Vaterlandes, Europas und der ganzen Welt.

Uns leuchten drei Sterne, die uns in den Nächten dieser Welt das Ziel nicht verfehlen lassen:

Sicherheit, Freiheit, Gerechtigkeit  
für alle Menschen!

## Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung durch Planung und Wettbewerb

Von Prof. Dr. Karl Schiller, Senator für Wirtschaft und Verkehr, Hamburg.

### I. Das Programm und die Lage

#### Erhöhung des Lebensstandards.

Das Aktionsprogramm der SPD vom Dortmunder Parteitag 1952 setzt als ein Ziel der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik die Erhöhung und Sicherung des Lebensstandards des Volkes. Diese dynamische Aufgabenstellung, die man volkswirtschaftlich auch als „Sicherung der wirtschaftlichen Expansion“ oder als „Politik“ einer möglichst starken Steigerung des Sozialproduktes“ umschreiben kann, ergibt sich ganz selbstverständlich aus der Lage der westdeutschen Volkswirtschaft, ihren noch weiterhin ungedeckten Wiederaufbaubedürfnissen und — neuerdings immer stärker — aus den Anforderungen, die unter dem vielseitigen Thema „Sicherung der freien Welt“ auf uns zukommen. Daß alles das nur unter kräftigster Vergrößerung des volkswirtschaftlichen Ertrages zu schaffen ist, das sollte von allen demokratischen Parteien anerkannt werden. Die Auseinandersetzungen beginnen aber hinter dem Wörtchen „durch“: Das Aktionsprogramm der Sozialdemokratie will jenes Ziel „durch Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung“ erreichen. Und diese beiden Wege zur Hebung des Lebensstandards ihrerseits sollen beschritten werden mit Hilfe einer bestimmten Kombination von wirtschaftspolitischen Maßnahmen, nämlich, wie es in dem Programm heißt: „durch eine Verbindung von volkswirtschaftlicher Planung und einzelwirtschaftlichem Wettbewerb“.

#### Ein elastisches Programm.

In diesen beiden lapidaren Programmsätzen sind zwei Worte enthalten, nämlich „Vollbeschäftigung“ und „Planung“, die in der derzeitigen wirtschaftspolitischen Diskussion in Deutschland von vielen in kurzsichtiger Weise als nicht aktuell angesehen werden. Schon 1950, im

Aufschwung des Korea-Booms, konnte ich bemerken, daß manche Wirtschaftler anscheinend nach der Devise lebten: „Die Vollbeschäftigungspolitik ist tot! Es lebe die Vollbeschäftigung!“ — und doch mußte sich die Bundesregierung bald Gedanken machen über durchgreifende Investitionsmaßnahmen. Und die neue Luft des „free enterprise“, des „freien Unternehmers“, die heute nach dem Regierungswechsel in den USA über den Atlantik zu uns herüber weht, läßt manche hier zu der Darstellung kommen, als ob nun schlechterdings alles ohne Planung von statten gehen würde — wengleich man doch nicht übersehen sollte, daß da drüben verschiedene Planungen und Kontrollen garnicht völlig liquidiert, sondern nun in Reserve, — als „fleet in being“, (als „Flotte in Bereitschaft“) gehalten werden. — Aber wie dem auch sei: Schon das erste Begriffspaar im SPD-Aktionsprogramm „Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung“ stellt in der Gleichsetzung beider Aufgaben nicht ein einseitiges, stures, monomanes Ziel, sondern ein elastisches Programm dar: Das Heil wird nicht allein gesucht und gesehen in der rein quantitativen Vollbeschäftigung, der scharfe Maßstab der maximalen Produktivität wird vielmehr zugleich daneben gelegt. Diese programmatische Reichweite kann nicht genug unterstrichen werden. Von dem Berliner Institut für Wirtschaftsforschung ist vor kurzem sehr schön dargelegt worden, daß die Wirtschaftspolitik in der westlichen Welt in den Jahrzehnten seit der Großen Krise in ganz eigenartiger Weise dazu neigte, jeweils einseitig auf eine bestimmte als akut angenommene Konjunkturphase abgestellt zu sein, und dabei oft gerade in dieser Eingleichigkeit mit einem bestimmten „Iag“, in einem gefährlichen Hinterherhinken, zu spät kam. Um das näher zu veranschaulichen: Nach dem Zweiten Weltkrieg war man aus den Erfahrungen nach 1918 auf die Bekämpfung einer Wirtschaftsdepression eingestellt. Man richtete also beschäftigungspolitische Apparaturen ein, die Zeiger der Wirtschaftspolitik standen auf Anti-Deflationsmaßnahmen. Jedoch, das Nicht-Nachlassen der Weltspannungen und Weltrüstungen, ja ihre Verstärkung im Laufe der Jahre und die riesigen Aufbaubedürfnisse in den zerstörten Volkswirtschaften, alles das sorgte für eine konjunkturelle Drift nach oben, eine Tendenz, die mit inflatorischen Begleiterscheinungen verbunden war, so daß die beschäftigungspolitischen Maßnahmen jenen Trend in manchen Ländern nur verstärkten. Umgekehrt heute: Nach dem Sich-Überschlagen des Korea-Booms ist im allgemeinen im Westen nicht so sehr die Vollbeschäftigung das wirtschaftspolitische Ziel, sondern vielmehr die „finanzielle Stabilität“. Sie ist das große Zauberwort, das heute durch die Wirtschaftsprogramme des Westens hindurchwandert. Dabei — und das ist das Entscheidende — kann es aber tatsächlich in manchen Ländern nun sehr wohl so sein, daß eine forcierte Anwendung der orthodoxen Methoden jetzt Abschwungstendenzen begünstigt, denen gegenüber gerade in nächster Zeit eine stärkere Betonung beschäftigungspolitischer Maßnah-

men angebracht wäre. Sie mögen hieran sehen, weshalb ich sage, daß die Verbindung von „Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung“ ein flexibles Programm darstellt. Es ist nicht nur auf eine solche Konjunkturphase abgestellt, in der tatsächlich vorwiegend beschäftigungspolitische Maßnahmen am Platze sind, sondern auch auf andere Wechsellagen, in denen Maßnahmen der Produktivitätssteigerung Bedeutung haben. Das Programm spricht die Aufforderung aus, in beiden möglichen Situationen mit entsprechenden Mitteln zu handeln.

### Beschäftigungspolitik tut not.

Noch deutlicher wird dies vielleicht angesichts der westdeutschen Situation. In der Bundesrepublik ist bislang im großen und ganzen beschäftigungspolitische Neutralität geübt worden. Die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Jahres 1950 kamen zu spät und wurden dann überlagert durch die Impulse des Korea-Booms. Soweit im übrigen dann auf den Beschäftigungsstand Einfluß genommen wurde, geschah das von seiten der Notenbank mit dem Ziel, die inneren Expansionsvorgänge in Übereinstimmung zu bringen mit der Zahlungsbilanzentwicklung. Diese oft restriktiven Maßnahmen waren vielfach notwendig, da die Notenbankpolitik hier auf ihre Weise solche Aufgaben wahrnehmen mußte, die die Bundeswirtschaftspolitik selbst nicht anpackte. Dennoch: Die gewaltigen Nachfragesteigerungen im Ausland, die durch Wiederaufbau und Rüstung verstärkt wurden, die Investitionsimpulse, welche die zerstörte deutsche Volkswirtschaft selbst ausübte, die Auslandshilfen, der Arbeitswille aller am Arbeitsprozeß beteiligten Deutschen, sie brachten zusammen in den letzten Jahren eine solche Steigerung der deutschen Produktion und Beschäftigung zustande, daß Anforderungen an den Staat, Beschäftigungspolitik zu treiben, in vielen Wirtschaftskreisen verstummten. Aber die zunehmende Beengung der Konkurrenten auf den ursprünglich noch leeren Weltmärkten hat die Forderung nach Produktivitätssteigerung in der deutschen Volkswirtschaft in den Vordergrund geschoben. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft erscheint nunmehr vielen als das Problem Nummer Eins. Und in der Tat tun sich hier Versäumnisse auf: Unser industrieller Produktionsindex steht auf über 150 (Basis 1936 = 100), der Index unserer Produktivität dagegen nur auf 110 (Produktionsergebnis je Arbeitsstunde, 1936 = 100). In England, Frankreich, Schweden, Italien wird die industrielle Produktivität mit etwa 120—130 gegenüber dem Vorkriegsstand angegeben.<sup>1)</sup> Dies sollte uns für unsere Bemühungen eine Richtschnur sein. Wir müssen in

<sup>1)</sup> Vgl. Statistisches Bundesamt, „Wirtschaft und Statistik“, 5 (1953), S. 1920. S. auch L. Mochius „Wie steht es mit der Produktivität?“, „Der Volkswirt“, 7 (1953), S. 910.

den kommenden Jahren eine Steigerung der Produktivität von 4—6% pro anno halten. Aber die heutige Situation in Westdeutschland sollte bei aller Bedeutung dieser Produktivitäts- und Wettbewerbsgesichtspunkte uns nicht die Augen davor verschließen lassen, daß wir zugleich immer noch erhebliche beschäftigungspolitische Aufgaben zu erfüllen haben:

- 1) Die Steigerung der Arbeitslosigkeit in diesem Winter auf über 1,9 Millionen geht ohne Zweifel über das saisonübliche Maß hinaus. Der überraschend steile Anstieg ist zudem auch Ausdruck der inneren Labilität unserer Arbeitsmarktverhältnisse!
- 2) Weiter stellt der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium in seiner Äußerung vom Januar 1953 fest, daß die Zuwachsraten von Sozialprodukt und Produktion abnehmen und daß krisenpolitische Wachsamkeit angebracht sei.
- 3) Jedoch schlagender als solche Äußerungen ist wohl die einfache empirische Tatsache, daß wir innerhalb der westdeutschen Volkswirtschaft ein ganz erhebliches regionales Beschäftigungs- oder umgekehrt Arbeitslosigkeitsgefälle besitzen. Neben den Bundesländern, die die Arbeitslosigkeitsquote einer Vollbeschäftigungswirtschaft von 4% unterschritten haben, stehen solche, die das 4—5fache dieser Rate aufweisen. Gewiß spielt in diesen Gebieten die sogenannte strukturelle Arbeitslosigkeit eine erhebliche Rolle. Aber der beschäftigungspolitische Tatbestand wird mit dieser Feststellung nicht vom Tisch gefegt. Wir stehen zumindest vor einem sehr akuten Regionalproblem der westdeutschen Arbeitslosigkeit. Ich darf darauf hinweisen, daß dieses Regionalproblem der westdeutschen Arbeitslosigkeit seit Jahren existiert und daß auf die Notwendigkeit seiner zentralen Lösung von uns seit Jahren hingewiesen wurde.
- 4) Wollen wir das beschäftigungspolitische Soll der Bundesrepublik grob ansehen, so müssen wir nach den Feststellungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften die Zahl der Erwerbspersonen insgesamt für die nächsten Jahre bis 1960 mit 23,4 Millionen angeben (heute etwa 22,5 Millionen), die Zahl der abhängig Erwerbstätigen mit 16,5 Millionen (heute tätig rund 15 Millionen<sup>1)</sup>). In diesem Rahmen hat sich eine aktive Wirtschaftspolitik zu bewegen.

<sup>1)</sup> Mitteilungen des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften, Köln, 5 (1952), S. 240/41.

Mit diesen Feststellungen ist also wohl die Spannweite des Programmpunktes „Produktivitätssteigerung und Vollbeschäftigung“ genügend angedeutet.

### Die gemischte Wirtschaftsordnung.

Nun zum zweiten Programmsatz, der „Verbindung von Planung und Wettbewerb“. Man muß sich immer wieder fragen, warum eigentlich diese Verbindung von vielen Kritikern als so problematisch angesehen wird. Der Grund ist wohl darin zu suchen, daß die in Deutschland seit 1948 zentral betriebene neo-liberale Wirtschaftspolitik auf dem Hintergrund einer Grundsatz-Diskussion erfolgte, die zeitweilig zu einer völligen Erstarrung der Fronten führte. Diese Frontenbildung wurde in erster Linie hervorgerufen durch jene sogenannte Unvereinbarkeitslehre, die eine Verbindung der Marktwirtschaft mit Planungselementen für unmöglich hält, so wie zynisch von jener Seite gesagt wurde: Es gäbe ja auch nur eine oder keine Schwangerschaft; es gäbe aber nicht „etwas Schwangerschaft“. Noch heute wird versucht, diese Unvereinbarkeitslehre mit typisch deutscher Konsequenz durchzuführen. Ein Blick auf die westliche Welt zeigt aber, daß diese Unvereinbarkeitslehre unreal ist. Wir leben tatsächlich in der freien Welt in einer gemischten Wirtschaftsordnung. Man mag die Verbindungen von volkswirtschaftlicher Planung und einzelwirtschaftlicher Konkurrenz, die in den verschiedenen Ländern heute praktiziert werden, in ihrer Art nicht gutheißen; sie sind aber ein Faktum.

Ich fürchte, daß unsere deutschen Unvereinbarkeitstheoretiker auf wirtschaftspolitischem Gebiet gerade diejenige Denkmethode anwenden, die in einer Demokratie überwunden werden sollte, nämlich die Methode des Denkens im Extrem. Außerdem sind beide, Planung und Wettbewerb, nur wirtschaftspolitische Instrumente, nur Lenkungsmittel, und nicht Ziele. Das Ziel ist die Steigerung des Volkswohlstandes in einer freien Gesellschaft. Von den Unvereinbarkeitsfanatikern wird das Lenkungsmittel „Wettbewerb“ zum Ziel verabsolutiert, was falsch ist. Beide Lenkungsmittel haben in entsprechenden Situationen in einer freiheitlichen Gesellschaft ihren Platz und ihre Berechtigung.

In welcher Art und Weise sich die deutsche Sozialdemokratie die Verbindung von Planung und Wettbewerb vorstellt, ist im Aktionsprogramm ausgeführt und soll hier im folgenden kurz skizziert werden. Die dortige Synthese ist das Ergebnis von langjährigen Diskussionen über das Wirtschaftsordnungsproblem, von Erörterungen, die sich von den Unvereinbarkeitslehren ferngehalten haben. Im Programm heißt es eindeutig, daß die SPD „die wirtschaftliche Befreiung der Persönlichkeit“ erstrebt, daß sie die „Zwangswirtschaft ablehnt“ und „die freie

Konsumwahl bejaht". Sie wird den „echten Leistungswettbewerb in allen dafür geeigneten Wirtschaftszweigen fördern". Und in welchem Ausmaß geplant werden soll, das können wir wie folgt ausdrücken: Wettbewerb soweit wie möglich, Planung soweit wie nötig!

### **Einkommenspolitik ist Sozialpolitik.**

Planung und Wettbewerb sollen zusammen der Produktivitätssteigerung und der Vergrößerung des Beschäftigungsvolumens dienen. Die westdeutsche Situation erheischt, wie gezeigt, beide Zielsetzungen, wobei die Hebung der Wettbewerbsfähigkeit unzweifelhaft im Augenblick besonderes Augenmerk erfordert. Hierbei möchte ich von vornherein mit allem Nachdruck betonen: Die von mir hier dazulegenden Maßnahmen zur Steigerung unserer Leistungsfähigkeit in Produktion und Verteilung müssen begleitet werden von einer bestimmten Einkommens- und überhaupt Sozialpolitik. Die heutigen Zustände in der Einkommensverteilung und Einkommensverwendung entsprechen vielfach weder den Anforderungen höchster volkswirtschaftlicher Produktivität noch den Maßstäben sozialer Gerechtigkeit. Auf diese Notwendigkeit der Parallellität von wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Maßnahmen im sozialdemokratischen Konzept möchte ich hier nur hinweisen: Ich komme darauf später noch zurück.

Beide hier speziell zu behandelnde Aufgaben, die Produktivitätssteigerung und die Vollbeschäftigung, sind vielfach mit den gleichen Maßnahmen zu erfüllen. Sie können aber auch auseinandergehen. Im Sinne der wirtschaftspolitischen Klarstellung sollen hier die beiden Aufgaben und die Mittel, die der freiheitliche Sozialismus für ihre Lösung parat hat, getrennt aufgeführt werden, obgleich sie sich vielfach überschneiden und decken.

## **II. Die Produktivitätssteigerung**

Eine Erhöhung der Produktivität einer Wirtschaft läßt sich in unserem Stadium der industriellen Entwicklung durch eine bessere Kombination der Produktionsfaktoren erreichen. Die Koordination der Produktionsfaktoren vollzieht sich innerhalb der Unternehmung, zwischen den einzelnen Unternehmungen innerhalb der Volkswirtschaft und zwischen den Volkswirtschaften. An dieser Stelle darf ich einen Gemeinplatz einschieben: **Vom freiheitlichen Sozialismus wird eine arbeitsteilige, mit Geld aller Art arbeitende sogenannte Verkehrs- oder Tauschwirtschaft auch für die Zukunft vorausgesetzt.**

## **Die Produktivität steigern im Betrieb . . .**

Mehr denn je muß gefordert werden, daß die Unternehmungsführungen sich alle Ergebnisse der betriebswirtschaftlichen und arbeitswissenschaftlichen Fortschritte zu eigen machen, um eine von menschlichen Beziehungen erfüllte und mit höchster Leistung arbeitende Betriebsgemeinschaft hervorzubringen. Zu den Mitteln einer solchen betrieblichen Produktivitätspolitik (Koordination innerhalb der Unternehmung) gehören: Die Erhöhung der persönlichen Leistungsanreize für den schaffenden Menschen, die Betonung des Leistungsprinzips in der Entlohnung, die Gewährleistung von Ausbildungs- und Aufstiegschancen, die Sicherung der demokratischen Ordnung auch innerhalb der Betriebe und eine konsequente innerbetriebliche Unternehmungsplanung. Alle Bestrebungen auf sträffere Typisierung sind nachhaltigst zu unterstützen.

Aber noch wesentlicher für eine gründliche Verbesserung unserer betrieblichen Produktivität ist die Reform des Steuerwesens. Im einzelnen soll hierauf an dieser Stelle nicht eingegangen werden. Die bisherige verfehlte Steuerpolitik hat bekanntlich seit Jahren zu einer großartigen Spesen- oder überhaupt Unkostenwirtschaft in den Betrieben Anlaß gegeben. Sie hat nicht zur Beschränkung auf die unbedingt notwendigen Ausgaben geführt, sondern einer echten **Kostensenkung und Rationalisierung geradezu entgegengewirkt.** Dabei wurden auch Ausgaben veranlaßt, die den Betrieb auf die Dauer belasten, da es schwierig sein wird, den einmal steuerlich bedingten Aufwand in der Folge wieder abzubauen. Hier muß ein tiefgreifender Wandel geschaffen werden.

## **. . . und in der Volkswirtschaft.**

Wichtiger noch als diese Forderungen zur Hebung der betrieblichen Produktivität ist die Aufgabe der richtigen Koordination der einzelnen Unternehmungen und Betriebe in der gesamten Volkswirtschaft. Hier erhebt sich die bekannte Fragestellung, ob eine marktwirtschaftliche oder eine zentralverwaltungswirtschaftliche Ordnung angestrebt wird. Mit Recht formuliert man dieses Problem auch, indem man die „innere Koordination der Wirtschaftseinheiten“ (Betriebe, Unternehmungen), also diejenige „über den Markt“, unterscheidet von der „äußeren Koordination über den Plan“. Eingehende Erörterungen über das Wirtschaftsordnungsproblem haben uns gezeigt, daß keiner dieser Wege allein beschritten werden kann. Der freiheitliche Sozialismus versucht vielmehr beide Wege, den marktwirtschaftlichen und

den zentralverwaltungswirtschaftlichen, nicht bis zum bitteren Ende zu durchlaufen, sondern die Lösung eines „dritten Weges“ zu finden. Das Ergebnis lautet:

### Verbraucher, Markt und Wettbewerb.

Überall da, wo der Wettbewerb als Wirtschaftsform möglich ist, an diesen Stellen ist die „Koordination über den Markt“ immer noch das wirksamste und für den Steuerzahler billigste Mittel, um die Betriebe zur gemeinsamen Leistung zusammenzuführen und zur Höchstleistung zu bringen. Dort dient der echte Leistungswettbewerb der Betriebe der Mobilisierung der unternehmerischen Kräfte und damit der Steigerung der Produktivität. Der durch den Wettbewerb motorisch in Gang gehaltene Preismechanismus ist zugleich das Lenkungsmittel, um die Produktions- und Absatzentscheidungen der Unternehmungen mit den Verbraucherwünschen in Einklang zu bringen. Die überkommene Diskussion, die in ihren erstarrten Fronten an den Modellen „Freie Wirtschaft“ und „Zwangswirtschaft“ klebte, macht es leider notwendig, auf solche Selbstverständlichkeiten hinzuweisen. Kein freiheitlicher Sozialist ist der Auffassung, daß es notwendig sei, um beispielsweise Kartoffeln aus der Lüneburger Heide nach Hamburg zu bringen, diesen Absatzweg durch Bezugs- oder Warenbegleitscheine und mit Hilfe der Polizei zu kanalisieren; sondern der freiheitliche Sozialist bejaht und traut es dem Marktmechanismus zu, daß er von sich aus diesen Transport fertigbringt. Deswegen ist dem vom echten Leistungswettbewerb getragenen Preismechanismus in allen dafür geeigneten Wirtschaftszweigen Raum zu geben.

### Staatliche Wettbewerbspolitik.

Nun wissen wir jedoch, daß der Wettbewerb gerade in Deutschland keine Pflanze ist, die aus sich heraus ein kräftiges Wachstum zeigt; im Gegenteil, vielerlei Ermüdungserscheinungen sind zu verzeichnen. So bedarf es einer „staatlichen Wettbewerbspolitik“, wie das Aktionsprogramm der SPD dies ausdrücklich sagt. Hierdurch wird die Konkurrenz vielfach eine „staatliche Veranstaltung“. Dadurch werden Institutionen geschaffen oder gefördert, um den Wettbewerb in den Bereichen, wo er angebracht ist, zu beloben und zu schützen. Zu den Wegen dieser staatlichen Wettbewerbspolitik gehören:

- 1) Die Sicherung der Gewerbefreiheit, die naturgemäß nicht in allen Branchen „paßt“ und deswegen als Prinzip nicht totgeritten werden darf.
- 2) Eine Antimonopol- oder Kartellpolitik mit gewissen Ausnahmen für Rationalisierungs-, Krisen- und Exportkartelle.

Ein solches Kartellgesetz muß, da es nur negativ wirkt, ergänzt werden in positiver Hinsicht durch Bestimmungen zum Schutze des Leistungswettbewerbs, die dem Außenseiter, demjenigen, der es unternimmt, den Hecht im Karpfenteich zu spielen, Rechte gewähren gegenüber dem Mißbrauch wirtschaftlicher Macht von anderer Seite.

- 3) Eine Umgestaltung des Gesellschaftsrechts, die u. a. durch erweiterte Bilanzierungs- und Publizitätsvorschriften die Möglichkeit einer besseren Kontrolle durch die Fachpresse und die Öffentlichkeit erschließt. Es braucht nur an die wenig ausreichenden Vorschriften des Aktiengesetzes erinnert zu werden. Die Bewertungsregeln und die Normen für die Gewinn- und Verlustrechnung geben nach dem heutigen Stand der Dinge den Unternehmungen so weite Manipulationsmöglichkeiten gegenüber der Öffentlichkeit, daß von einer wahren Rechnungslegung nicht gesprochen werden kann. Der handelsrechtlich ausgewiesene Gewinn ist oft nur ein Bruchteil des effektiven Profits.
- 4) Eine entsprechende Beratung und Aufklärung der Konsumenten, eine Erhöhung der Marktübersicht für den Verbraucher durch Kennzeichnungen von Menge, Art und Qualität, durch Sicherung der Qualität, durch Möglichkeiten des besseren Preisvergleichs (Auszeichnungszwang usw.); also bessere Markttransparenz.
- 5) Eine Ordnung des Werbewesens. Einige Erscheinungen in der heutigen Reklamewirtschaft sind unzweifelhaft Ergebnis und zum Teil auch Ursache oligopolistischer Verhältnisse. Vielfach wird die Steigerung der Produktivität in der Erzeugungssphäre von einer übermäßigen Höhe der Reklameaufwendungen begleitet und damit aufgesogen. Hier muß ein Wandel geschaffen werden, besonders auf steuerrechtlichem Gebiet, ein Wandel, der der einzelnen Unternehmung die freie Werbemöglichkeit beläßt, jedoch übertriebene Aufwendungen beschränkt und die übermäßige Schaffung oder Ausnutzung z. B. von Meinungsmonopolen begrenzt.
- 6) Eine wirtschaftsrechtliche und wirtschaftspolitische Förderung von solchen, auch neuen Unternehmensformen, die den Wettbewerb verstärken. Hier ist vor allem zu denken an die Selbsthilfeorganisation der Verbraucher in Gestalt der Konsumgenossenschaften. Überhaupt sind alle Bestrebungen zur Rationalisierung der Verteilungswege ebenso zu fördern wie diejenigen zur Hebung in der Produktion.

Dieser Katalog der wettbewerbpolitischen Mittel zur Verbesserung der Koordination der Betriebe „über den Markt“ und damit zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Produktivität ist mit dieser Aufzählung nicht abgeschlossen. Er ist unaufhörlich in Ausdehnung begriffen. Bei diesem reichhaltigen Arsenal, das der freiheitliche Sozialismus anerkennt, besteht nun der fundamentale Unterschied gegenüber der neo-liberalen Politik darin, daß diese verzweifelt versucht, sich auf solche sogenannte „marktkonformen“ Mittel zu beschränken, und die danebenstehenden Mittel der äußeren Koordination als verderblich, als „tabu“, als verboten, ansieht, während der freiheitliche Sozialismus dagegen auch diese bejaht, weil nur hierdurch das Maximum an volkswirtschaftlicher Produktivität erreicht wird. Wie zum rechten Schuh ein linker gehört, so passen nach dieser Auffassung zu den sogenannten „marktkonformen“ Maßnahmen auch solche der „äußeren Koordination“. Die neo-liberale Politik versucht dagegen in einem Schuh zu stehen.

### Rahmenplanung als Minimalplanung.

Zu den Mitteln der „äußeren Koordination“ gehören alle wirtschaftspolitischen Instrumente von den „Marktbeeinflussungen“ über die „Marktintervention“ bis hin zu den „Marktregulierungen“. Sie dürfen jedoch nur unter exaktester Beachtung ihrer jeweiligen Funktionsbedingungen verwendet werden. Werden sie planlos und ohne Hinblick auf vorausschaubare Rückwirkungen im volkswirtschaftlichen Zusammenhänge ergriffen, dann können Tendenzen zur verwaltungswirtschaftlichen Totalregulierung (Zwangswirtschaft) entfacht werden. Ihre Auswirkungen müssen daher mit Hilfe des Nationalbudgets, worauf ich noch zu sprechen komme, und anderer Instrumente der zentralen Wirtschaftsbeobachtung so angepeilt werden, daß entsprechende Ausgleichsmaßnahmen gleich von vornherein einbezogen werden können. Der gedankliche und technische Aufwand für diese Rahmenplanung ist naturgemäß um so kleiner, je weniger man zu intensiven Mitteln des Eingriffs schreitet. Die freiheitlich-sozialistische Wirtschaftspolitik ist daher grundsätzlich — neben der Aufrechterhaltung und Vervollkommung der Konkurrenz — an den minimalen Mitteln des Eingriffs zuerst interessiert. Das bedeutet also nicht nur Rahmenplanung, sondern auch Minimalplanung. Derartige Maßnahmen sind in folgenden Fällen notwendig:

- 1) in den Wirtschaftsbereichen, in denen das Modell der vollständigen Konkurrenz schon aus strukturellem Grunde versagt, so in der Grundstoffindustrie und in der Energiewirtschaft. Noch besonders zu nennen ist das weite Gebiet des Verkehrs. Das Problem Schiene - Straße kann nicht dadurch gelöst werden, daß es dem vollständigen Wettbewerb ausgeliefert wird. Eine äußere Koordination ist hier unvermeid-

lich. Ich darf darauf hinweisen, daß die Bundesverkehrs politik dieses Gleichgewicht bisher nicht erreicht hat. Wir stehen hier einmal vor riesigen schleichenden Substanzverlusten der Bundesbahn, die letztlich der Steuerzahler zu tragen hat, auf der anderen Seite fehlen in unserem Straßennetz, besonders bei den Autobahnen, ganz wichtige Teile, nach deren Fertigstellung auch hier erst eine optimale Leistung erbracht werden könnte.

- 2) Damit kommen wir auf das Problem der volkswirtschaftlichen Engpässe. Immer wieder haben wir im Laufe der letzten Jahre festgestellt, daß die Zunahme der volkswirtschaftlichen Produktivität dadurch gehemmt wurde, daß an entscheidenden Stellen sogenannte Flaschenhälse auftraten. Solche Engpaßprobleme können wahrlich nicht immer dadurch gelöst werden, daß man die Dinge sich selbst überläßt, also die Preise freigibt und sich dann eigenartigerweise hinterher über den „konzentrierten Egoismus“ der Engpaßproduzenten beschwert, wie das erst vor wenigen Tagen der Bundesverkehrsminister gegenüber der eisen- und stahlschaffenden Industrie tat. Es muß vielmehr im Rahmen des Nationalbudgets ein Investitionsprogramm aufgestellt werden, das die vorhandenen Strukturschäden, die immer noch aus dem zweiten Weltkrieg in unserer Volkswirtschaft vorhanden sind und auch durch das Flüchtlingsproblem immer neu verursacht werden, im Sinne einer „gezielten Strukturpolitik“ anpackt. Ein solches Investitionsprogramm muß zentral und umfassend sein. Es darf nicht, wie derzeit der Fall ist, in eine Töpfchenwirtschaft ausarten, indem eine Vielzahl von Fonds für verschiedene und gleiche Zwecke regel- und zusammenhanglos nebeneinander zur Verfügung steht. Umgekehrt ist ein solches Investitionsprogramm zu beschränken auf die Engpaßbereiche. Die wichtigsten sind der Wohnungsbau und der Verkehr einschließlich Schiffbau. Also keine totale Investitionslenkung, aber staatliche Investitionspolitik an den Schadstellen unserer wirtschaftlichen Struktur! Als ganz besonders notwendiges Objekt der staatlichen Investitionspolitik ist noch die Ausfuhrwirtschaft zu nennen. Hier bietet sich ein weiterer Schwerpunkt der öffentlichen Produktivitätspolitik an. Damit kommen wir auf das Problem der Produktivitätssteigerung noch außen, über das gleich noch zu sprechen ist.

Prinzipiell ist zu diesen Mitteln der planerischen Koordination noch zu sagen, daß die mit ihnen verbundenen direkten Kontrollen nicht in zwangswirtschaftlichem Stil gehandhabt werden dürfen, sondern im Gegenteil möglichst marktnahe. Wir erleben es heute immer wieder, daß bestehende Kontrollapparate, z. B. in der deutschen Ernährungswirt-

schaft, nicht marktnahe, sondern marktkonträr geführt werden. Ich will die Politik der Einfuhr- und Vorratsstellen nicht im einzelnen kritisieren, obgleich hierzu erheblicher Anlaß bestünde. Auf jeden Fall ist zu sagen, daß solche Instrumente nicht dazu verwendet werden sollten, die Märkte völlig aus ihren natürlichen Preiszusammenhängen herauszubrechen, sondern umgekehrt die Märkte nach Überwindung der Ausgangsschwierigkeiten an den Wettbewerb wieder heranbringen sollten. Für die staatlichen Regulierungsapparate sollte die Richtschnur der Als-Ob-Konkurrenz gelten, d. h. ihre Politik sollte möglichst den betreffenden Markt so dirigieren, „als ob“ Wettbewerb bestünde.

### Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung.

Das Prinzip der internationalen Arbeitsteilung, entsprechend dem die Güter in den einzelnen Volkswirtschaften an den relativ billigsten Standorten produziert werden, ist bekanntlich der entscheidende Faktor für die riesenhafte Produktivitätssteigerung der modernen industriellen Gesellschaft gewesen. Diesem Grundsatz sollte auch in Zukunft soweit irgend möglich Raum gegeben werden. Alle Autarkie bedeutet nur Verringerung der Produktivität. Deswegen hat auch der Wettbewerb als Lenkungsmittel in der Außenwirtschaft seinen besonderen Platz.

Eine nationalistische Wirtschaftspolitik, die durch vorsätzliche Einfuhrrestriktion den „Nachbarn zum Bettler“ macht, d. h. ihm die Last der Arbeitslosigkeit aufbürdet, ist mit den Grundsätzen eines international gesonnenen Sozialismus unvereinbar. Jede moderne Außenwirtschaftspolitik sollte zudem von vornherein darauf eingestellt sein, in eine echte europäische Wirtschaftspolitik einzumünden. Daher sind die Bewegungen zur Liberalisierung des Außenhandels und zur Erreichung der Konvertibilität der Währungen unter zwei Bedingungen zu bejahen:

- 1) Die erste Bedingung lautet: Es muß die Gegenseitigkeit der Maßnahmen beachtet werden; unter dem durchaus wettbewerblich-wirtschaftlichen Gesichtspunkt ist die Gleichheit der Marktchancen zu fordern. Zwar ist in der Theorie nachgewiesen, daß ein sogenannter einseitiger Freihandel für die betreffende Volkswirtschaft in einer protektionistischen Umwelt auch profitabel sein kann. Aber dies ist wirklich blasse Theorie; ein solcher einseitiger Freihandel würde derartige Übergangsschwierigkeiten hervorrufen, daß dieser Weg praktisch nicht gangbar ist. Ein sehr bedeutender ausländischer Reeder hat in diesen Tagen angedroht, daß er seine sämtlichen Schiffbauaufträge bei deutschen Werften storniere, weil diese durch

die deutsche Eisenpreissteigerung zu teuer würden, während in sehr vielen westeuropäischen Ländern die Wertbezüge an Schiffsblechen von den dortigen Regierungen bis zu 30% subventioniert würden. An diesem Fall zeigt sich die Gefährlichkeit der einseitigen Freiwirtschaftspolitik in Deutschland. Auch hier, in der für die Ausfuhr bedeutsamen Preispolitik, muß die Gegenseitigkeit im Verhalten des konkurrierenden Auslandes beachtet werden.

- 2) Die zweite Bedingung ist einfach eine Angelegenheit des Rechenstifts. Es muß nämlich bei der Frage der Konvertibilität der Währungen sehr sorgfältig geprüft werden, ob die notwendigen Transferverpflichtungen aus der deutschen Auslandsschuldenregelung für uns in absehbarer Zeit solche kühnen Schritte überhaupt zulassen. Hier kann Kühnheit in Leichtsinn umschlagen.

Schon wegen dieses Themas und überhaupt wegen des Zustandes der internationalen Kapital- und Währungsverhältnisse sind alle Einrichtungen, die zu einer zwischenstaatlichen Koordination der nationalen Wirtschaftspolitiken führen, zu begrüßen, also die O E E C (Organisation für die Europäische Ökonomische Zusammenarbeit), die Europäische Zahlungsunion usw. Hier ist die Sachlage ganz ähnlich wie in der Binnenwirtschaft. Dem Wettbewerb der einzelnen Marktpartner soll so weit wie möglich Raum gegeben werden. Er ist aber nicht überall und auch nicht sofort vollziehbar. Planungsapparate sind notwendig und existieren. So wenig die deutsche Volkswirtschaft sich gegenüber Weltmarktpreisbewegungen absperren kann, genau so wenig kann sie an der Tatsache vorbeigehen, daß internationale oder supranationale Lenkungs-einrichtungen bestehen oder entstehen, auf die die eigene Binnen- und Außenwirtschaftspolitik sich einstellen muß. Allerdings ist die Lage heute so, daß angesichts der Vielzahl der zwischen- und überstaatlichen Apparaturen man nun erst einmal von der Notwendigkeit der Koordination dieser Einrichtungen selbst sprechen müßte. Auch von dieser Seite ergibt sich übrigens der Schluß, daß funktionale Integration, d. h. Fusionierungen von Wirtschaftsbranche zu Wirtschaftsbranche (siehe Montan-Union), auf die Dauer globale Vereinigungen nicht ersetzen können<sup>1)</sup>. Im Gegenteil, globale Integrationen etwa in Richtung einer Weiterbildung der Union auf dem Gebiete des Währungswesens sind vorzuziehen.

Wenn wir die verschiedenen Wege zur Hebung der innerbetrieblichen und zwischenstaatlichen Wirtschaftlichkeit zusammenfassend überblicken,

<sup>1)</sup> Globale Vereinigungen sind also solche, die die Volkswirtschaften jeweils insgesamt und nicht nur in bezug auf einen güterwirtschaftlichen Zweig (etwa Kohle und Stahl) integrieren.

so stellen wir fest, daß das Prinzip des Wettbewerbs hier eine beachtliche Rolle spielen muß, daß aber auch andere Formen der Zusammenfügung unerlässlich sind. Diese anderen Mittel dürfen nicht rein zufällig oder von Fall zu Fall eingesetzt werden, dann erreichen wir nur die hinkende Wettbewerbswirtschaft, in der wir heute leben. Sie stellt noch eine unorganische Vermischung von marktwirtschaftlichen und zentralverwaltungswirtschaftlichen Elementen dar. Dieses Nebeneinander als solches ist nicht immer zu vermeiden. Es müssen aber diese Elemente zu einem Ganzen gefügt werden durch eine systematische Wirtschaftspolitik, die aus ihrer Konzeption das Zusammenspiel der verschiedenen wirtschaftspolitischen Instrumente beherrscht. Das ist bei der Forderung nach Beschäftigungspolitik um so notwendiger.

### III. Die Steigerung des Beschäftigungsvolumens

#### Staatliche Konjunkturpolitik.

Selbst die grimmigsten Feinde einer Vollbeschäftigungspolitik sollten heute zugeben, daß diese für den Fall einer normalen konjunkturellen Depression nicht nur notwendig, sondern auch ungefährlich ist. Die gesamte Volkswirtschaft weist dann ziemlich gleichmäßig gestreute Kapazitätsreserven auf. Die Reserven an Arbeitskräften, Rohstoffen und Produktionsmitteln werden dann bei gefaßtem Entschluß zur staatlichen Konjunkturpolitik durch eine finanzielle oder kreditäre Erhöhung der „wirksamen Gesamtnachfrage nach Gütern und Leistungen“ zusammengebracht. In einem solchen Fall steigt der Beschäftigungsgrad und in gleicher Weise oder sogar mehr das Sozialprodukt und das Realeinkommen. Unter diesen skizzierten Bedingungen erhöht sich gleichzeitig die betriebliche und volkswirtschaftliche Produktivität, weil die vorhandenen Produktionsanlagen besser ausgenutzt werden, die Erzeugungskosten also sinken. In einem solchen Fall kann von einer Verzerrung des Marktgefüges oder einer inflationistischen Bewegung durch eine Beschäftigungspolitik keine Rede sein.

#### Auf Engpässe gezielte Strukturpolitik.

Hindernisse und Schwierigkeiten entstehen erst von dem Moment, da sich zeigt, daß wichtige Kapazitäten nicht in den notwendigen Proportionen vorhanden sind, also Engpässe oder Struktur Schäden vorliegen. Bei den Engpaßprodukten können dann die Preise steil nach oben gehen. Gleichzeitig kann in einem solchen Fall durch Kaufkraftsteigerung im Zuge der Beschäftigungspolitik ein solcher Importsog ausgeführt werden, daß die Zahlungsbilanz in Gefahr gerät. Zwingt man in einem solchen Fall das Beschäftigungsvolumen rücksichtslos an diesen Hindernissen vorbei, so sind zwangswirtschaftliche Maß-

nahmen unausbleiblich. Das ist der Weg der Kommandowirtschaft nach der Art von Schacht; auf diesem Terrain geht die wirtschaftliche Freiheit verloren. Das volkswirtschaftliche Marktgebäude gerät aus den Fugen. Hier scheiden sich in der Tat die Geister. Vom Standpunkt einer freiheitlich-sozialistischen Wirtschaftspolitik muß von dem Augenblick ab, da die Beschäftigungspolitik das strategische Niveau der Engpässe erreicht hat, erst einmal eine gezielte Strukturpolitik einsetzen, d. h. ein Investitionsprogramm mit Nationalbudget usw. Erst Zug um Zug mit der Auflösung der Engpässe durch diese Strukturpolitik kann dann die Beschäftigungspolitik fortgesetzt werden. In einem solchen Fall, in einer solchen, wie ich sie nennen möchte, qualifizierten Beschäftigungspolitik, wird die inflatorische Preissteigerung der Engpaßerzeugnisse vermieden. Eine Verzerrung des Marktgefüges tritt überhaupt nicht ein. Ein sehr bescheidener Ansatz für eine solche gezielte Strukturpolitik in Deutschland war das Investitionshilfengesetz für die Grundstoffindustrie, das jedoch tatsächlich zu spät und verwässert zur Wirkung kam. Hätten wir früher eine solche Politik betrieben, so wäre das Beschäftigungsvolumen schneller zu steigern gewesen. Auch heute ist noch eine solche qualifizierte Beschäftigungspolitik am Platze, vor allem, wie schon einmal betont, in regionaler Hinsicht. Wir leben in der Phase einer Konjunktur, in der „depressed areas“, also „zurückgebliebene Gebiete“, eine besondere Rolle spielen. Ich fasse diese „qualifizierte Beschäftigungspolitik“ zusammen: Durch die Steigerung der „wirksamen Gesamtnachfrage“ wird das Beschäftigungsvolumen ständig an das „Niveau der Engpässe“ herangepreßt. Durch die gleichzeitige Strukturpolitik wird das Niveau dieser Engpässe dauernd angehoben, indem „Flaschenhals“ nach „Flaschenhals“ aufgebrochen wird. Damit kann sich Schritt für Schritt der Beschäftigungsgrad vergrößern. Diese so nach zwei Richtungen gleichzeitig arbeitende Wirtschaftspolitik nenne ich systematische Wirtschaftspolitik; das ist Wirtschaftsstrategie!

#### Gegen Inflation und Deflation.

Wenn unter Beachtung der Hindernisse auf diese Weise schließlich der Zustand der Vollbeschäftigung erreicht ist, d. h. eine Arbeitslosigkeit unter 4%, die nur noch unvermeidliche Umstellungsarbeitslosigkeit darstellt, so kann der Wirtschaftspolitiker nicht die Hände in den Schoß legen, im Gegenteil!

Da in einer vollbeschäftigten Wirtschaft alle Produktionsreserven ökonomisch ausgenutzt sind (technisch sind natürlich noch welche vorhanden), befindet sich diese in einem Zustand der Anspannung aller Kräfte. Wirtschaftliche Fehldispositionen lassen dann sehr leicht Knappheitslagen entstehen, die entsprechende Preisveränderungen zur Folge haben. Rea-

giert die wirtschaftspolitische Leitung auf diese Preisveränderungen durch Kreditrestriktionen, so sinkt automatisch der Beschäftigungsgrad. So gleicht die Wirtschaftspolitik im Zustande der Vollbeschäftigung in der Tat einer Gratwanderung zwischen Inflation und Deflation. Sie kann gemeistert werden unter zwei Bedingungen:

- 1) Der Preismechanismus muß intakt bleiben und die Währungsstabilität gewahrt sein. Sobald etwa der allgemeine Preisbildungsprozeß durch zwangswirtschaftliche Maßnahmen wie Preisstops und ähnliches außer Kraft gesetzt wird, ist der Weg zur Überspannung der Kräfte geöffnet.
- 2) Der Wirtschaftspolitiker muß die gesamten Leistungsströme in der betreffenden Volkswirtschaft überschauen, d. h. er muß mit einem Nationalbudget arbeiten.

Unter diesen beiden Bedingungen läßt sich die Vollbeschäftigung sichern. Ein sehr kunstvoller Balanceakt wird hier von der wirtschaftspolitischen Führung verlangt. Gelingt er, so sind allerdings die sozialen und wirtschaftlichen Vorteile nicht zu übersehen. Nicht nur ist die jährliche Zuwachsrates des Sozialprodukts in einer solchen Volkswirtschaft dann am größten, die Dynamik also am stärksten, sondern auch das soziale und psychische Klima einer solchen Volkswirtschaft ist das des vollen freien Lebens, der überquellenden Aktivität.

Die Menschen sind allzu vergeßlich. In Zeiten, da das Beschäftigungsproblem nicht so akut erscheint, vergißt man sehr leicht die ungeheuren Schädigungen, die die Massenarbeitslosigkeit in einem Volkskörper hervorruft. Ich darf demgegenüber folgendes Zitat anführen:

„Regierungen und sogar Staatsformen, unter denen Massenarbeitslosigkeit entsteht und andauert, haben keinen Bestand. Der „Economist“ brachte die Meinung der Masse zum Ausdruck, als er 1942 erklärte: „Wenn die liberale Demokratie sich mit Vollbeschäftigung nicht verträgt, so muß sie verschwinden.“ . . . Wenn Millionen unverschuldet arbeitslos sind, so ist das ein deutliches Zeichen dafür, daß der Wirtschaftsprozeß unzureichend gelenkt ist“. Dieses ganze Zitat stammt nicht von einem lenkungswütigen Schüler von Keynes oder einem Sozialdemokraten, sondern von dem Begründer der Freiburger Schule der Nationalökonomie, Walter Eucken<sup>1)</sup>. Wir können das alles nur unterstreichen und zugleich die Selbstverständlichkeit hinzufügen, daß eine um den Preis einer Inflation mit allen ihren unsozialen Enteignungen und Schädigungen erreichte Vollbeschäftigung nicht als ein Beitrag zur Wohlfahrtssteigerung angesehen

<sup>1)</sup> Eucken, Walter, „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“, Bern/Tübingen 1952, S. 140/141.

werden kann. Diese Form der Vollbeschäftigung ist daher abzulehnen. Das Ziel ist, wie gesagt, nur zu erreichen mit Hilfe einer an der Aufrechterhaltung des Preismechanismus und der Währungsstabilität orientierten Finanz- und Kreditpolitik und unter Anwendung eines Nationalbudgets. Beides muß nun näher untersucht werden.

### Die finanzpolitische Revolution.

Die Finanz- und Kreditpolitik, die einen maximalen Beschäftigungsgrad anstrebt und gleichzeitig Preismechanismus und Währungsstabilität intakt lassen soll, wird in Amerika mit dem Schlagwort „fiscal policy“, wörtlich: „Fiskalpolitik“, bezeichnet. Neuerdings spricht man hier im deutschen von „Ordnungsfinanz“. Alle diese Dinge spiegeln den tiefgreifenden Wandel wieder, der in der Finanzpolitik der westlichen Länder seit der Großen Krise Platz gegriffen hat. Die Revolution in den Hirnen der Finanzminister (Lord Beveridge) wurde aus dem Erlebnis der Weltkrise zuerst unter dem Aspekt der sozusagen unentwegten Vollbeschäftigungspolitik gefordert. Die orthodoxen Grundregeln des Budgetausgleichs sollten über Bord geworfen und die öffentliche Etatwirtschaft dafür in den Dienst der Aufrechterhaltung oder Vergrößerung der „wirksamen Gesamtnachfrage nach Gütern und Leistungen“ gestellt werden. Diese gleichsam vormärzlichen finanzpolitischen Revolutionsforderungen sind heute — auf Grund der Erfahrungen der Vergangenheit und der Weiterbildung der Beschäftigungspolitik — sicher nicht ohne Modifikation zu erfüllen. Aber ein Rückfall in orthodoxe Finanzmethoden, wie sie von der Regierung Brüning in Deutschland zum letzten Male in aller Konsequenz vorexerziert wurden, wäre allerdings völlig falsch. Die heute passende Regel ist vielmehr die: Auf Grund einer umfassenden Analyse auf der Basis des Nationalbudgets wird unter Annahme eines maximalen Beschäftigungsgrades ein bestimmtes Staatsbudgetziel gesetzt (Ansteuerung einer bestimmten Investitions- bzw. Konsumrate). Die Finanz- und Kreditpolitik ist damit nicht mehr autonom, sondern über das Nationalbudget hingestellt in die allgemeine Wirtschaftspolitik. Das bedeutet nicht, daß der Staatshaushalt nun zur Defizitwirtschaft verdammt sei. Zur Beruhigung der Gemüter möge hier folgendes gesagt werden: Die Finanzpolitik ist dadurch, daß sie sich im Rahmen des Nationalbudgets zu bewegen hat, gerade nicht haltlos und also inflationsanfällig geworden; im Gegenteil, die Setzung eines solchen fixen Budgetzieles bei hoher Beschäftigung kann die Grundlage bilden für alle jene schwierigen Verhandlungen mit denjenigen, die zusätzliche Staatsausgaben oder Steuersenkungen verlangen, und kann in dieser Beziehung ähnlichen staatspolitischen Zwecken dienen wie früher die orthodoxen Prinzipien des Budgetausgleichs. Mit dem

allerdings wesentlichen Unterschied, daß nunmehr eben gleichzeitig Beschäftigungspolitik getrieben werden kann!

### Der Volkswirtschaftliche Gesamthaushalt.

Immer deutlicher wird also die zentrale Stellung unserer Forderung nach einem Nationalbudget (volkswirtschaftlichen Gesamthaushalt). Das Nationalbudget entspricht dem doppelten Bedürfnis nach einer Übersicht über die Wirtschaft und einer Koordinierung der Wirtschaftspolitik. In den letzten 20 Jahren sind in mehr als einem Dutzend Länder der freien Welt sogenannte Nationalkontierungen (nationale Buchhaltungen) entwickelt worden. In der Bundesrepublik Deutschland wird zwar vom Statistischen Bundesamt und von einigen wirtschaftswissenschaftlichen Instituten eine sogenannte volkswirtschaftliche Gesamtrechnung aufgestellt, sie dient aber nicht als erklärte Grundlage der nationalen Wirtschaftspolitik. Wie weit man sich dennoch intern des Einblicks in die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung bedient, vermag ich nicht zu sagen. Nach außen hin wird gerade in Deutschland das Nationalbudget gar zu gern als Generalplan einer Befehlswirtschaft diffamiert.

Das Nationalbudget wird also aus der sogenannten nationalen Buchhaltung heraus aufgebaut. Alle großen, in Geld auszudrückenden Transaktionen des abgelaufenen Jahres, also Produktion, Ein- und Ausfuhr, Kapitalbewegungen über die Grenze, Einkommen, Sparen und Investitionen werden hier zusammengestellt. Der Schritt zum Nationalbudget wird dann getan, wenn auf der Basis der Vergangenheitszahlen nun vorhergesehene Zahlen eingesetzt werden. Man arbeitet dann also mit Schätzungen. Diese Schätzungen sind nicht willkürlich, sondern werden auf Grund der Vergangenheitsergebnisse und gewisser politischer Arbeitshypothesen angestellt. Die wichtigste Aufgabe des Nationalbudgets im Rahmen einer auf maximale Beschäftigung eingestellten Wirtschaftspolitik ist die Berechnung der sogenannten Inflationslücke oder Deflationslücke der Volkswirtschaft: Aus den Werten des Beschäftigungsgrades, der Produktionsmenge, der damit in bestimmten Relationen verbundenen Einfuhr an Rohstoffen und Halbfabrikaten und dem Preisniveau sowie der Absatzentwicklung der Ausfuhr läßt sich das sogenannte „zulässige Einkommen“ der heimischen Produktionsfaktoren errechnen, und hier tritt nun die inflationäre oder deflationäre Lücke zu Tage. Weicht nämlich im Laufe der Nationalbudgetperiode das tatsächliche Nationaleinkommen der Produktionsfaktoren von errechneten „zulässigen“ Nominaleinkommen nach oben hin ab, so stehen wir vor einer inflationären Lücke. In der umgekehrten Lage stehen wir vor einer Deflationslücke. Im ersten Fall kann beispielsweise die Steuerschraube angezogen werden, im zweiten Falle können

Defizite eingesetzt und öffentliche Investitionen im größeren Umfang vorgenommen werden. Dies alles ist naturgemäß nur eine beispielhafte Andeutung. Aber das Beispiel zeigt wohl schon, daß das Nationalbudget den Kern einer wirklich systematischen und umfassenden Wirtschaftspolitik darstellt, einer Wirtschaftspolitik, in der Finanz- und Kreditpolitik mit der Produktions- und Produktivitätspolitik und der Außenwirtschaftspolitik zusammen ein Ganzes bilden.

### Die Mittel der Rahmenplanung.

Das Nationalbudget, entstanden aus einem reinen Orientierungsbudget, entwickelt zu einem Entschlußbudget oder einem Planungsbudget, ist nicht der Inventarisierungs- und Produktionsplan einer Zentralverwaltungswirtschaft. Es ist nicht vorbelastet nach der zwangswirtschaftlichen Seite hin, sondern im geraden Gegenteil das Mittel, um die Wirtschaftspolitik am Abgleiten in punktuelle, zwangswirtschaftliche Maßnahmen zu hindern. Gerade die deutsche Vergangenheit der letzten Jahre hat gezeigt, daß wirtschaftspolitische Eingriffe, die punktuell aus lokalen oder regionalen oder rein branchenmäßigen Marktlagen heraus allein veranlaßt und durchgeführt worden sind, sehr leicht und sehr schnell zu direkten Zwangskontrollen führen. Aus dem Nationalbudget heraus werden solche punktuellen, zusammenhanglosen Zwangskontrollen nicht abgeleitet, sondern allgemeine, mehr oder weniger indirekt wirkende Maßnahmen begründet. Man kann auch sagen: Je umfassender und breiter die nationale Planung durch das nationale Budget, um so geringer die Intensität der einzelnen unmittelbaren Kontrollen.

Nun weiß jeder Wirtschaftspraktiker, daß die Zukunft wahrlich nicht vollständig durch Trendberechnungen, durch rechnerische Verlängerung von Indizes, durch Kalkulation der Angebots- und Nachfragenkurven vorzuberechnen ist. Immer wieder treten neue und unerwartete Aufgaben an den Wirtschaftspolitiker heran, so beispielsweise, wenn sich im Zuge des Wachstums des Sozialprodukts der eine oder andere Wirtschaftszweig als zurückgeblieben entpuppt. Dann sind besondere wirtschaftspolitische Aktionen vonnöten. Auch hierfür bietet die moderne Wirtschaftspolitik einen Werkzeugkasten an, und zwar in der sogenannten Input-Output-Analyse (der volkswirtschaftlichen Aufwand-Ertragsrechnung). Durch sie ist es möglich, für den Aufbau eines Industriezweiges nicht nur die Größe der insgesamt aufzuwendenden Mittel, sondern vor allem die herauskommenden Produktionsergebnisse und ihre Rückwirkungen auf die Produktion der übrigen Sparten und die Einkommensbildung und -verteilung zu berechnen. Auch die Analyse mit Hilfe dieses Werkzeugkastens muß in den Dienst der Wirtschaftspolitik gestellt werden.

Diese beiden technischen Hilfsmittel einer modernen Wirtschaftspolitik, die in Deutschland weithin nicht angewendet wurden, mögen von manchem als zu wissenschaftlich oder überhaupt als zu theoretisch angesehen werden. Ich darf aber darauf hinweisen, daß die ungeheuren Kräftesteigerungen, die im letzten Jahrzehnt in den Vereinigten Staaten von Amerika als dem Mittelpunkt der freien Welt hervorgebracht worden sind, keineswegs allein dem Draufgängertum der Geschäftsleute zu verdanken sind, sondern im entscheidenden Ausmaße auch einer Wirtschaftspolitik, die sich dieser eben beschriebenen beiden Hilfsmittel bedient hat. Gewiß will niemand die dortigen Methoden ohne weiteres auf unsere deutschen Verhältnisse übertragen. Dafür haben wir andere Vorstellungen und andere Sozialverhältnisse. Aber der Hinweis auf das Vorhandensein solcher Methoden in den USA nimmt vielleicht manchem das ihm von der deutschen Gegenpropaganda eingeflößte Mißtrauen.

## IV. Die Gesamtaufgabe

### Die Lage in der Bundesrepublik.

Damit hätten wir die technisch-instrumentale Seite unseres Anliegens erledigt. Bei dieser Besprechung der Ziele und Methoden der Wettbewerbspolitik und der Planung im Dienste der Produktivitäts- und Beschäftigungssteigerung ist schon an vielerlei Stellen auf die westdeutsche Situation Bezug genommen. Dies muß nun noch einmal und zwar zusammenfassend geschehen. Dabei darf aber nicht die Bedeutung der augenblicklichen Lage übertrieben werden. Es soll hier nicht die Wirtschaftspolitik des Tages dargelegt werden, sondern es sollen vielmehr einige wesentliche Punkte der westdeutschen Wirtschaftspolitik über mehrere künftige Jahre hin skizziert werden. Für diese also etwas größere und in größeren Umrissen darzutunende Skizze ist ein kurzer Blick auf die derzeitige sozial-psychologische Situation der westdeutschen Bevölkerung unerlässlich.

Folgende Gegebenheiten muß jeder Wirtschaftspolitiker heute beachten, wenn er eine realistische Konzeption vorlegen will:

- 1) Die westdeutsche Bevölkerung hat eine ausgezeichnete Inflations- und Deflationserfahrung. Sie ist geldpolitisch aufgeklärt. Leichtfertige Änderungen der Geldpolitik oder auch nur Äußerungen darüber führen sehr schnell zu entsprechenden Reaktionen der Bevölkerung. Der Faktor Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist außerordentlich reagibel. Preisbewegungen nach oben führen sehr rasch zu Verkäufermärkten und zum Abzug der Sparkonten. Die wirtschaftspolitische Konse-

quenz lautet: Weg mit dem Odium irgendwelcher Inflationspolitik!

- 2) Die westdeutsche Bevölkerung ist aus der Misere der Kriegs- und Kriegsübergangswirtschaft absolut gegen direkte zwangswirtschaftliche Kontrollen voreingenommen und zugleich in Beachtung oder Reaktion auf diese Kontrollen oder in Umgehung sehr gut trainiert. Die wirtschaftspolitische Konsequenz lautet: Weg mit dem Odium irgendwelcher Zwangswirtschaft!
- 3) Diese Haltung der Bevölkerung gegen Wirtschaftskontrollen ist forciert worden durch eine jahrelang von zentraler Seite betriebene Propaganda gegen so ziemlich jede Art von staatlicher Lenkung in der Wirtschaft. Dadurch ist vielfach die irrtümliche Meinung verbreitet, daß jegliches wirtschaftspolitische Handeln nur der erste Schritt auf dem „Wege zur Knechtschaft“ sei. Jene Wirtschaftspolitik hat sich damit selbst diskreditiert und oft um ihre eigene Linie gebracht. Es rächt sich heute; denn jene Vorstellungen hemmen die Herausbildung einer systematischen Wirtschaftspolitik. Zögerliches und schwankendes Verhalten der derzeitigen zentralen wirtschaftspolitischen Instanzen in akuten Krisensituationen wie etwa den Außenhandelsproblemen des abgelaufenen Jahres (Brasilien) oder bei der Eisenpreisentwicklung sind die unausbleibliche Folge. „Nutze die Zeit-Stimmungen“ vieler Unternehmer sind die weitere Wirkung. Die wirtschaftspolitische Konsequenz lautet: Die Bevölkerung muß wissen, daß die Wirtschaftspolitik eine Linie hat und rasch und sicher reagiert.
- 4) Die westdeutsche Bevölkerung ist von einem ungeheuren Arbeitswillen besetzt. Jeder will schaffen und sein Haus bestellen. Weit verbreitet ist die Furcht davor, plötzlich und unerwartet zwangsweise unfähig zu werden. Es ist eines der größten Mißverständnisse der Gegner einer Beschäftigungspolitik, daß sie den tiefen und allgemeinen Wunsch nach aktivem Schutz gegen Arbeitslosigkeit einem dumpfen Bedürfnis nach schläfriger Sicherheit zuschreiben. Das gerade Gegenteil ist in Deutschland der Fall. Die Forderung nach Vollbeschäftigung entspringt dem Ruf nach Aktivität! Die wirtschaftspolitische Konsequenz lautet: Weg mit der Arbeitslosigkeit!
- 5) In der westdeutschen Bevölkerung steckt ein tiefes Unbehagen über die derzeitigen Verhältnisse in der

Einkommensverteilung und Einkommensverwendung. Niemand kann abstreiten, daß das Realeinkommen im Durchschnitt stark angewachsen ist, daß die Lebenshaltung sich also verbessert hat. Auch die Differenzierungen in der Lebenshaltung sind ebenfalls größer geworden. Aber auch das brauchte noch nicht entscheidend für die kritische Stimmung im Volke zu sein. Wesentlich ist vielmehr die Tatsache, daß vielerlei hohe Einkommen heute nur allein und ausschließlich der Tüchtigkeit und Arbeitssamkeit der betreffenden Einkommensbezieher zu verdanken sind, sondern daß mancherlei Zufälligkeiten hier eine Rolle gespielt haben. Die Engländer besitzen für derartige Zufallsgewinne den anschaulichen Ausdruck „windfall profits“ (etwa „Windstoß-Profite“). Und in der Tat, viele der heutigen hohen Einkommen sind wie vom Winde den glücklichen Empfängern zugeweht worden. Sie stellen ein Ärgernis dar, das niemand abstreiten kann. Die hinkende Wettbewerbswirtschaft sorgt eben nicht nur dafür, daß die besten wirtschaftlichen Chancen dem besten Wirt zufallen; sie schüttet ihre Segnungen auch über Ungerechte aus. Die wirtschaftspolitische Konsequenz lautet: Reform der Einkommenspolitik unter dem Gesichtspunkt der volkswirtschaftlichen Leistung!

### Sozialpolitik als Wirtschaftspolitik.

Um bei diesem letzten Anliegen einen Augenblick stehen zu bleiben: In einer solchen Situation fällt, das muß ich als Wirtschaftspolitiker zugeben, der Sozialpolitik ein besonderes Gewicht zu. Die hervorragende Bedeutung des von der Sozialdemokratie vorbereiteten Sozialplanes muß auch von der ökonomischen Seite her betont werden. Dabei laufen in der heutigen Situation der deutschen Volkswirtschaft beide Anliegen, das wirtschaftspolitische und das sozialpolitische, parallel. Es gilt nach wie vor, das Sparen für den Kapitalmarkt zu fördern. Das „Sparen aus dem Gewinn“, das in den letzten Jahren zu über 50% als sogenannte „Selbstfinanzierung“ unsere Investitionen gespeist hat, hat sich bekanntlich in mehrererlei Hinsicht als problematisch herausgestellt. Bei den Verteidigern dieses „Gewinnsparens“ ist dabei ein ganz eigenartiger Bruch in der Argumentation wieder festzustellen. Sie weisen nämlich darauf hin, daß es unmoralisch sei, aus Steuermitteln Kredite an die Wirtschaft für Investitionen zu geben, weil dann ja derjenige, der wirklich gespart habe, nämlich der Steuerzahler, nicht Eigentümer des Kredites an den Investor bleibe, sondern eben der Staat; es werde der eigentliche Sparer also enteignet. Dasselbe trifft nun aber, und das ist der Bruch in jener Argumentation, beim „Sparen aus dem Ge-

winn“ zu. Wir nannten doch früher in der nationalökonomischen Wissenschaft diese Finanzierung der Investitionen über die Preise: Zwangssparen. Der Konsument wird zwangsweise zum Finanzier des Investors. Durch das „Gewinnsparen“ wird demnach der eigentliche Sparer enteignet. So sind wir uns wohl also einig darüber, daß dem wirklichen Sparer, der sein Eigentum behält und mehrt, geholfen werden muß. Das bedeutet aber einkommenspolitisch, daß diejenigen Einkommen angehoben werden müssen, die in erster Linie in Frage kommen als Massensparquellen für den Kapitalmarkt, für die Sparkassen, für die genossenschaftlichen Sparorganisationen usw. Diese kapital- und einkommenspolitische Ziele decken sich daher völlig mit dem sozialpolitischen.

### Zusammengefaßtes Schwerpunktprogramm.

Diese notwendige Erhöhung der Sparquote bedeutet nicht Steigerung der Investitionsquote, sondern nur Umverteilung der bisherigen Finanzierung und naturgemäß auch Umverteilung in den Investitionsobjekten. Die Schwerpunkte der Investitionspolitik müssen sein: Exportwirtschaft, Wohnungsbau und Verkehrswirtschaft. Dabei sind nicht nur Erweiterungsinvestitionen, sondern auch Rationalisierungsinvestitionen zu fördern. Es ist unausbleiblich, daß die Rationalisierung ihrerseits mit Arbeiterfreisetzungen verbunden ist. Nur in einer wachsenden Wirtschaft können diese so freigesetzten Arbeitskräfte wiederum an anderen Stellen des Produktionsprozesses beschäftigt werden. Da dies nicht automatisch erfolgt, sondern nur in einem forcierten Wachstum, so leitet sich auch von dieser Seite die Notwendigkeit der Beschäftigungspolitik ab. Die Arbeitslosigkeit bietet sich heute in Westdeutschland, wie gesagt, in erster Linie als ein regionales Problem an. Es ist bezeichnend, daß man hier bislang nur mit einigen punktuellen Hilfsmaßnahmen eingesprungen ist. In Wahrheit ist doch die gebietsmäßig unausgeglichenere Streuung der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland nur ein Ausdruck dafür, daß unsere gesamte Produktions- und Verkehrsstruktur noch nicht in sich ausgewogen und abgerundet ist. Was wir brauchen, ist eine zentrale Strukturpolitik, die alle Mittel des regionalen Ausgleichs umfaßt. Also beispielsweise Wohnungsbau an den Stellen, wo die Arbeitskräfte hinsetzen sollen und nicht da, wo sie zufällig sitzen. Sodann verkehrspolitische Erschließung der heute vernachlässigten peripher gelagerten Gebiete. Also zentrales Arbeitsbeschaffungsprogramm unter eindeutiger Bevorzugung der im Schatten stehenden Regionen! Eine solche regionale Beschäftigungspolitik, die zentral betrieben werden muß, ist beispielsweise dann völlig verfehlt, wenn die Summe der Hilfsmittel, die zentral in diese Gebiete geschleust werden, weit überkompensiert wird durch Zahlungen aus diesem Gebiete an andere Regionen; z. B.

wenn diese über Investitionshilfe und Finanzausgleich in höher beschäftigte Gebiete fließen. Die Kernfrage ist: Was haben die einzelnen deutschen Wirtschaftslandschaften an Investitionsmitteln tatsächlich per saldo erhalten oder abgegeben? Was muß hier geändert werden? Niemand hat hierauf bisher eine Antwort gegeben! Alles das wird nur durch ein regional differenziertes Nationalbudget aufzuheilen sein. Bisher tappt man in der Bundesrepublik hier völlig im Dunkeln, da die Dotationen und Subventionen für Notstandsgebiete, Sanierungsgebiete und Grenzlandgebiete und die Transferierungen im Wege des Finanzausgleichs und der Investitionshilfe sowie die Investitionen der halböffentlichen Körperschaften (Arbeitslosen- und Sozialversicherung usw.) auf völlig verschiedenen Kanälen und unter völlig verschiedenen Bedingungen ablaufen und einander unübersichtlich überschneiden. Die Folgerung lautet: Finanzielle Übersicht und Zentralisation sind hier das Wichtigste.

### **Die einheitliche Wirtschaftspolitik.**

Nicht nur ist die Koordination der Finanz- mit der Wirtschaftspolitik nötig, auch die Wirtschaftspolitik muß in sich und ihren einzelnen Sparten abgestimmt sein. Das Auseinanderfallen der heutigen Agrarpolitik mit der übrigen Wirtschaftspolitik ist allbekannt. Jener Wechselbalg von „Zwangswirtschaft“ und „freier Wirtschaft“, der hier entstanden ist, wurde schon von vielen anderen Stellen genügend kritisiert. Hier möge nur eines betont werden: Wenn direkte Kontrollen, wie auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft, durch Ein- und Ausfuhrstellen als notwendig erachtet werden, so müssen diese Einrichtungen unmittelbar öffentlich-parlamentarischer Aufsicht unterworfen werden. Man hat in Deutschland anscheinend zur Zeit die Neigung, da man gegen Kontrollapparate überhaupt eingestellt ist, diese Einrichtungen möglichst im Verborgenen blühen zu lassen, da sie eben nicht ins Konzept passen. Wir müssen dagegen fordern: Wenn derartige Einrichtungen als notwendig angesehen werden, dann müssen gerade sie ehrlicher Weise ins Rampenlicht der Öffentlichkeit gestellt werden.

### **Parlamentarisierung der Wirtschaftspolitik.**

Die wirtschaftspolitische Grundsatzdiskussion über „freie“ und „Zwangswirtschaft“ ist bis zu dem bitteren Ende ihrer völligen Sterilität durchexerziert worden. Eine realistische wirtschaftspolitische Diskussion ohne Prinzipienreiterei sollte aber neu entfacht werden. Wir versuchen das wenigstens von unserer Seite! Gerade für die Parlamentarisierung der Wirtschaftspolitik ist aber das Nationalbudget ein ausgezeichnetes Mittel. Das Nationalbudget ist nicht

ein Etat, der vom Parlament in Gesetzesform beschlossen werden soll. Er ist ein Generalbericht und eine Generalvorschau der Regierung, die aber dem Parlament zur Debatte vorgelegt werden muß. Diese Erörterung kann dann zu „Entschlüssen“, nicht aber zu einem „Gesetz“ führen. Diese Nationalbudget-Debatte bildet dann den Auftakt nicht nur der eigentlichen Etatberatung und der Verabschiedung des Haushaltsgesetzes, sondern auch die Startbasis der gesamten praktischen Wirtschaftspolitik der Regierung. Eine solche regelmäßig wiederkehrende Generalabrechnung der Wirtschaftspolitik anhand der Gesamtrechnung des Nationalbudgets im Parlament fehlt heute und muß in Zukunft geschaffen werden. Dann wird auch die Durchwurstelei in der Wirtschaftspolitik beendet.

### **Die Zeit des Liberalismus ist vorbei!**

Niemand darf die bisherigen Wiederaufbauleistungen des deutschen Volkes herabsetzen. Die Aufhebung der Kriegsübergangswirtschaft, die Währungsreform und die Auslandshilfen haben den ungebrochenen Arbeitswillen des deutschen Volkes wieder frei gemacht und für unsere Umwelt vielfach erstaunliche Initiativen mobilisiert. Aber täuschen wir uns nicht darüber, daß der Weg nunmehr schwieriger geworden ist. Die ersten Jahre des ungestümen Wiederauflebens sind vorbei. Die Zuwachsraten werden zwangsläufig geringer. Das Ausmaß des Wachstums muß nun im steigenden Umfange getragen werden von einer stärkeren Intensität der Anstrengungen. Die Zeiten des homdsärmeligen Liberalismus sind vorbei. Nachdem die Kräfte aufgebrochen sind, müssen sie nun wieder stärker gesammelt werden.

### **Der freiheitliche Sozialismus lebt!**

Aus dieser Situation und aus der politischen Wertung der Dinge heraus besteht das Konzept des freiheitlichen Sozialismus darin, „das Beste aus beiden Welten“ zusammenzubringen, nämlich Planung und Preismechanismus<sup>1)</sup>. Diese Synthese wahrt nicht nur die uns allen teuren Werte der Freiheit der Persönlichkeit, sondern sie schützt zugleich die nicht minder großen Werte der sozialen Gerechtigkeit. Diese Synthese entspricht auch in praktischer Hinsicht der tatsächlichen wirtschaftlichen Situation Westdeutschlands. Sie ist der realistische und der richtige und dritte Weg. Der Weg, der beide Welten vereinigt, die Marktwirtschaft mit der Planwirtschaft.

<sup>1)</sup> Vgl. J. E. Meade, *Planning and the Price Mechanism. The liberal-socialistic solution*, London 1949; sowie die Ausführungen zu diesem Buch von H. Giersch, *Weltwirtschaftliches Archiv*, 69 (1952 II), S. 216 ff.

# Sozialdemokratische Finanzpolitik

Von Prof. Dr. W. Gülich, MdB, Kiel.

Dieser Vortrag über sozialdemokratische Finanzpolitik soll keine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Problemen sozialistischer Finanzpolitik im Gegensatz etwa zu liberaler oder konservativer Finanzpolitik bringen. Er soll sich vielmehr mit der konkreten Frage befassen: Wie stellt sich die SPD zu den heutigen Aufgaben und Methoden der deutschen Finanzpolitik, und nach welchen Grundzügen würde sie in der gegenwärtigen Bundesrepublik Finanzpolitik treiben? Erwarten Sie auch kein umfassendes, endgültiges, auf lange Sicht sich erstreckendes Programm. Die Zeit ist für ein solches Programm noch nicht reif. Es handelt sich jetzt zunächst darum, auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnis die nächsten Schritte zur Überwindung der gegenwärtigen Notlage zu tun. Wichtig ist dabei natürlich, daß diese ersten Schritte nicht in einer Richtung getan werden, die von den wirtschaftlichen und sozialen Zielen der SPD wegführt. Zur Klärung dieser Situation soll mein Vortrag einen Beitrag leisten.

## Die Größenordnungen der Finanzwirtschaft.

Zunächst müssen wir uns eine Vorstellung von den Größenordnungen verschaffen, mit denen wir es in der Finanzwirtschaft im Gebiet der Bundesrepublik zu tun haben.

Die Tendenz des Anwachsens der öffentlichen Haushalte macht sich in Deutschland wie in der ganzen Welt seit Jahrzehnten geltend. Als Maßstab dafür kann man etwa die Größe der Steuerlast im Vergleich zum Volkseinkommen oder die Steuerbelastung pro Kopf der Bevölkerung nehmen.

Zahlen für das Bundesgebiet vor 1945 können dabei allerdings nur durch Umrechnung gewonnen werden. Legt man für das heutige Bundesgebiet 56 v. H. der vom Statistischen Reichsamt für das frühere Reichsgebiet berechneten Zahlenwerte zugrunde, so ergibt sich das Folgende:

Die Gesamtsteuerlast (d. h. Steuern, Zölle und steuerähnliche Sonderleistungen) betrug in v. H. des Volkseinkommens: 1913: 8,7 v. H., 1928: 19,8 v. H., 1936: 24,7 v. H., sie hat sich also von 1913 bis 1936 rund verdreifacht. (Quelle: Das Volkseinkommen und seine Belastung im Bundesgebiet. Institut „Finanzen und Steuern“. Frankfurt/Main 1950.)

Für 1949 und die späteren Jahre liegt dem vom Statistischen Bundesamt errechneten „Volkseinkommen“ eine völlig andere Berechnungsweise zugrunde. Dem alten, jetzt nicht mehr üblichen Begriff des Volkseinkommens (unter Einschluß der Steuern!) entspricht jetzt am nächsten das „Netto-Sozialprodukt zu Marktpreisen“, das das Statistische Bundesamt für das Kalenderjahr 1951 mit 105,8 Milliarden DM berechnet. (Vorläufige Zahlen!) Stellt man diesem die Gesamtsteuerlast für das Kalenderjahr 1951 von 25,8 Milliarden DM gegenüber (vorläufige Berechnung der Bank Deutscher Länder, Dez. 1951), so ergibt sich eine Belastung des Volkseinkommens von 24,42 v. H. (Dabei ist die Soforthilfeabgabe in die Gesamtsteuerlast einbezogen, denn sie wirkt wirtschaftlich durchaus wie eine Sondersteuer!). Die Gesamtsteuerlast ist 1951 also etwa gleich 1936, wobei in diesen statistischen Durchschnitten ja noch nichts über die ungleich höhere wirtschaftliche und soziale Vorwegbelastung der Volkswirtschaft seit 1945 zum Ausdruck kommt, die diese Steuern aufzubringen hat.

Die Steuerlast pro Kopf der Bevölkerung betrug 1913: 60,— M, 1936: 236,— RM, 1951: 537,— DM. Vergleichbar werden diese Zahlen durch Umrechnung über den Lebenshaltungsindex, den das Statistische Bundesamt (bei der Basis 1938 = 100) für 1936 mit 99, für 1951 mit 176 ansetzt. Danach ist die Steuerlast pro Kopf in Indexmark: 1936: 238, 1951: 305. Das heißt also, daß die Haushalte, die mit allen Nachkriegsfolgen belastet sind — Verlusten an Inventar, Nachholbedarf an Anschaffungen, Gesundheitsschäden, allgemeiner Preisanstieg, Arbeitslosen- und Flüchtlingsschicksal — zahlenmäßig rund 20 v. H. mehr, faktisch aber weit stärker belastet sind als vor dem Kriege.

Außerdem müssen wir uns auch noch darüber klar sein, daß ein statistischer Durchschnitt immer fiktiv ist, in Wirklichkeit aber eine breitere Streuung der Werte nach oben und unten vorliegt.

### Der Funktionswandel der öffentlichen Haushalte.

Die Funktion der öffentlichen Haushalte in der Gesamtwirtschaft hat sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend gewandelt. Die früher in den öffentlichen Haushalten ausgewiesenen Verwaltungsleistungen und

Staatsleistungen, die damals die großen Ausgabenblöcke ausmachten, treten ihrem Volumen nach weit hinter den heutigen großen Ausgabengruppen, die sich insbesondere auf Sozialaufwendungen (einschließlich Subventionen) und Investitionen erstrecken, zurück.

Steuern wurden früher in erster Linie erhoben, um Verwaltungs- und Staatskosten zu decken, jetzt treten Sozial- und Wirtschaftsausgaben in den Vordergrund.

Dem entspricht auch das Anwachsen des Bundeshaushalts. Ordentlicher und außerordentlicher Haushalt zusammen betragen 1950: 16,4 Milliarden DM, 1951: 21,1 Milliarden DM, 1952: 23,2 Milliarden DM.

Der Voranschlag für 1953 (nach Bundesdrucksache 4 000) beträgt 26,5 Milliarden DM. Inzwischen ist noch eine Ergänzungsvorlage mit 925 Millionen DM hinzugekommen — innerhalb weniger Wochen! — so daß wir für 1953 mit einem Gesamthaushalt von 27,4 Milliarden DM rechnen müssen. Das sind — auch unter Einrechnung der inzwischen erfolgten Erhöhung des Lebenshaltungsindex! — über 50% mehr als 1949. Wenn wir uns überlegen, was der Bund seit 1949 an neuen Aufgaben übernommen hat, ist das auch nicht erstaunlich.

Die Gesamtübersicht über den Haushaltsplan 1953 (ordentlicher und außerordentlicher Haushalt) ergibt an Ausgaben 26,5 Milliarden DM (in 25 Einzelplänen). Unter ihnen überschreiten 3 die Milliardengrenze, nämlich Arbeitsministerium mit 2,6 Milliarden DM, Soziale Kriegsfolgeleistungen mit 6,7 Milliarden DM und Verteidigungslasten mit 9,9 Milliarden DM.

Die Ausgaben der Bundesministerien für Arbeit, Vertriebenen, Wohnungsbau und die Kriegsfolgeleistungen betragen zusammen 10 178 000 000 DM, bilden also einen Block von rund 38 v. H. der Gesamtausgaben.

Das grundsätzliche Problem, ob es zweckmäßig und notwendig ist, öffentliche Mittel zur Erreichung wirtschafts-, sozial- oder bevölkerungspolitischer Ziele einzusetzen, ist eindeutig entschieden, seitdem sich in den letzten Jahrzehnten die Auffassung durchgesetzt hat, daß Finanzpolitik zunehmend im Dienste nicht-fiskalischer Zwecke stehen muß und infolgedessen finanzpolitische Maßnahmen verstärkt Einfluß auf Wirtschaftsablauf und Sozialstruktur gewinnen. Diese Entwicklung beruht auf bestimmten sozialen und wirtschaftlichen Daten, die durch die Kriegsfolgen ungeheuer verschärft worden sind.

Die Teilung Deutschlands spielt dabei eine ungeheure und noch fortwirkende Rolle.

Die Frage, ob man mit Haushaltspolitik Konjunkturpolitik treiben soll, ist angesichts dieser Sachlage zu bejahen.

### Die sozialen Daten der Finanzpolitik.

Sozialausgaben als Folge der veränderten Struktur. Die Sozialausgaben verlangen im Bundeshaushalt besondere Beachtung, nicht nur weil sie nächst den „Verteidigungslasten“ den größten Posten des Haushalts darstellen, sondern vor allem, weil von ihrer Gestaltung das Schicksal eines so erheblichen Teiles der deutschen Bevölkerung unmittelbar abhängt, daß man schon sagen muß: Das Schicksal des deutschen Volkes! (Schiller drückte das gestern akademische aus: „Die Differenzierung in der Lebenshaltung ist größer geworden“).

Die Größe der Aufgabe wird an den gegebenen sozialen Daten deutlich: Die Wohnbevölkerung des Bundesgebiets hat von 1939 bis 1950 um 8,2 Millionen zugenommen, und zwar um 3 Millionen Männer und 5,2 Millionen Frauen. Diese stärkere Zunahme des weiblichen Bevölkerungsteils ist eine der Quellen sozialpolitischer Notstände. Der Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung ist in der Zeit von 1939—1950 von 51,7 v. H. auf 46,3 v. H., also um 5,4 v. H. gefallen. Vor allen Dingen ist aber der Anteil der Selbständigen Beruflosen — und das sind heute im wesentlichen auch Menschen ohne eigene Unterhaltungsmöglichkeiten! — von 8,5 v. H. auf 12 v. H. der gesamten Bevölkerung gestiegen, bei den Frauen sogar auf 13,5 v. H. der weiblichen Bevölkerung. Die Zahlen sind inzwischen noch ungünstiger geworden.

Dazu kommt die bekannte Tatsache der Überalterung der Bevölkerung. Männer werden heute 29, Frauen 30 Jahre älter als vor 70 Jahren. — Die Menschen mit 65 und mehr Jahren betragen 1910: 4,9 v. H. der Gesamtbevölkerung, 1950: 9,3 v. H. Die Erhöhung der durchschnittlichen Lebensdauer, die Kriegsverluste und der Geburtenausfall bewirkten zusammen diese sozial ungünstigere Zusammensetzung des Altersaufbaues der Bevölkerung.

Aus diesen Voraussetzungen erwächst die Zunahme der Renten- und Unterstützungsempfänger. Ihre Zahl läßt sich wegen der Mehrfachzählung beim Bezug mehrerer Renten durch eine Person nicht exakt feststellen. Man kann nach Stichprobenerhebungen verschiedener Stellen wahrscheinlich zu Recht mit einer Mehrfachzählung von rund 30 v. H. der Rentenfälle rechnen. An dieser Tatsache setzt

die Kritik am gegenwärtigen Sozialsystem ein und es ergibt sich zusammen mit anderen Tatbeständen die Forderung nach einem Sozialplan, wie ihn Preller neulich in Hannover entwickelt hat.

Nach den Arbeits- und Sozialstatistischen Mitteilungen (Jg. 3. Nr. 12, 1952) waren Ende September in der Bundesrepublik an Renten- und Unterstützungsempfängern in der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung 5 897 000, an Kriegsrenten und Kriegsversorgungsfällen 4 361 000, in der offenen und geschlossenen Fürsorge 1 090 000, an arbeitslosen Hauptunterstützungsempfängern 966 000. Das sind zusammen 12 314 000 Fälle.

Die „Wirtschaftszeitung“ vom 4. 2. 53 (S. 4) kommt zu einer Zahl von 13 308 000 Rentnern und Unterstützten. In „Sozialer Fortschritt“ 1953, H. 2 vom Februar 1953 werden nach Ausschaltung der Überschneidungen 13 227 000 Sozialleistungsempfänger berechnet.

Man überschätzt die Anzahl der Renten- und Fürsorgeempfänger also wohl nicht, wenn man sie mit 10 000 000 — 11 000 000 Personen ansetzt.

Bei einer Zahl der Erwerbstätigen (1950) von 22 000 000 kommt also auf je 2 Erwerbstätige 1 Renten- oder Unterstützungsempfänger. Zur „sozial schwachen Bevölkerung“ gehören aber nicht nur die tatsächlich schon Unterstützten, sondern die breiten Schichten kleinsten Einkommen, die nicht ausreichen, um einen „normalen“ Lebensstandard zu erreichen.

Leider fehlt uns zur Zeit eine allgemeine Einkommensstatistik, wie sie 1936 zuletzt aufgestellt wurde, die bisherigen Teil- und Stichprobenerhebungen lassen vermuten, daß die Schicht der unzulänglichen Einkommen sehr breit, jedenfalls breiter als 1936 ist.

In dieser Sozialstruktur stellen die Vertriebenen und Zugewanderten ein Sonderproblem dar.

Der Anteil der Frauen an der Bevölkerung ist (neben den Kriegsverlusten an Männern natürlich!) durch die Zuwanderung noch gestiegen.

Die Vertriebenen nehmen in geringerem Umfang an der Erwerbstätigkeit teil als die übrige Bevölkerung. Das beruht vor allem darauf, daß von den vertriebenen Landwirten sehr wenige wieder selbständig geworden sind. Die Vertriebenen stellen 1,1 v. H. aller Selbständigen in der Landwirtschaft, aber 16 v. H. der Gesamtbevölkerung. Infolgedessen fallen auch die Arbeitsgelegenheiten für die früher mithelfenden Familienangehörigen der ehemals selbständigen Landbevölkerung aus. Die Mithelfenden in der

Landwirtschaft machen bei der übrigen Bevölkerung 31,5 v. H. aus, bei den Vertriebenen aber nur 2,6 v. H. (Wirtschaft und Statistik. 1953. II. 1).

Sozialdemokratische Finanzpolitik würde deshalb Siedlungspolitik großen Stils bedeuten. Natürlich können wir nicht das gesamte Vertriebenenproblem mit dem Mittel der Siedlungspolitik lösen. Aber zum mindesten das Problem der Flüchtlingsbauern hätte sich bei gutem Willen unter Erhaltung unseres Bauerntums lösen lassen. Wir haben uns eindeutig zum Eigentum bekannt, aber nicht zur Erhaltung des Großgrundeigentums, zumal ein großer Teil davon unrechtmäßig zustande gekommen ist. (Sering: Agrarverfassung und Erbrecht in Schleswig-Holstein, 1908).

Die aus dem gesagten sich ergebende größere Unterstützungsbedürftigkeit der Vertriebenen und die Notwendigkeit, ihr auch durch die Schaffung neuer Existenzmöglichkeiten zu begegnen, stellt an die Finanzpolitik große und dringende Anforderungen. Dabei muß einmal deutlich darauf hingewiesen werden, daß die Statistiken, wie sie, auch von Regierungsseite, immer verwandt werden, um in Durchschnittszahlen für das gesamte Bundesgebiet unsere wirtschaftliche Entwicklung und wachsenden Wohlstand darzustellen, ein irreführendes Bild ergeben. Gliedern wir diese Statistiken regional auf, so sehen wir, daß es Gebiete mit hoher Dauerarbeitslosigkeit, ausgesprochene Notstandsgebiete gibt, die insbesondere an den Zonengrenzen entlang liegen.

Die notwendige Folgerung für eine sozialdemokratische Finanzpolitik ist, daß wir herunter müssen von solcher schematischen Behandlung der Probleme nach statistischen Durchschnittszahlen und eine konsequente Sanierung der Notstandsgebiete anstreben müssen. Dazu gehört eine zweckentsprechende Gestaltung von Investitionen, Wohnungsbau und Siedlungspolitik. Wir müssen uns darüber klar sein, daß solche Notstandsgebiete nicht allein Stätten menschlicher Entbehrungen und Leiden, sondern auch Entstehungsherde des politischen Radikalismus sind.

### Die Sozialausgaben im Bundeshaushalt.

Aus den besprochenen sozialen Daten ergeben sich die Erfordernisse an Sozialausgaben im Bundeshaushalt, wie sie sich in den Bundesministerien für Arbeit, Vertriebene, Wohnungswesen, Soziale Kriegsfolgeleistungen konzentrieren. (Entwurf zum Bundeshaushalt 1953, Einzelpläne 11, 25, 26, 40.)

Eine Gesamtübersicht über die Ausgaben des Bundeshaushalts 1953 (Entwurf nach Drucksache 4000 und Anlagen) mit sozialer Zielsetzung.

gruppiert nach dem sozialen Zweck der Ausgaben, ergibt folgendes: Zusammenfassung der Ausgaben der Bundesministerien für Arbeit, Vertriebene, Wohnungswesen, Soziale Kriegsfolgeleistungen (Einzelpläne 11, 25, 26, 40).

	DM
Gesamtausgaben:	10 177 930 800
Davon:	
Verwaltung (Pers. u. Sach.)	152 321 600
Renten u. Unterstützungen	6 809 915 000
Heilbehandlung u. Heilanstalten	250 260 000
Grenz- u. Übergangslager	3 055 700
Umsiedlung, Auswanderung, Rückführung	31 050 000
Wohnungsbau, Siedlung	808 515 000
Arbeitsbeschaffung (Darl. u. Zuschüsse)	50 885 000
Lastenausgleich	1 888 500 000
<hr/>	
hier nicht aufgliedert	183 508 500
<hr/>	
	<u>10 177 930 800</u>

Im einzelnen ist hierzu zu sagen:

Es handelt sich bei dieser Zusammenstellung nicht um die typischen, geschweige denn die klassischen Sozialausgaben, sondern über diese hinaus sind hier Ausgaben zusammengefaßt, die eine soziale Zielsetzung haben.

In den Verwaltungskosten — also den Personal- und Sachausgaben — sind außer den Kosten für die laufenden Aufgaben der allgemeinen Sozialverwaltung, die sehr ins Gewicht fallenden, aber nicht einzeln aufgliederbaren Kosten für die Kriegsopferversorgung enthalten. Der größte Posten enthält die Renten und Unterstützungen, nämlich Grundbeträge und Teuerungszuschläge zu den Sozialversicherungsrenten, Flüchtlingsrenten, Kriegsbeschädigtenrenten, Fürsorgeunterstützungen für Arbeitslose, Kriegsfolgegeschädigte. Diese machen mit 6 810 000 000 DM rund 70% der Sozialausgaben aus. Es braucht hier wohl nicht gesagt zu werden, daß diese Renten und Unterstützungen — auch wo eine Rentenkumulation vorliegt — nicht zu hoch sind, daß also hier nicht an dem Haushaltsposten gespart werden kann. Sehr dringlich ist aber die Neuordnung des Versicherungs- und Versorgungssystems nach einem geschlossenen,

rationalen Sozialplan, der einen wirkungsvolleren Einsatz der verfügbaren Mittel ermöglicht.

Der nächstgrößte Posten umfaßt den Lastenausgleich. Ich setze ihn mit Bedacht unter die Sozialausgaben, nicht nur weil er im Einzelplan „Soziale Kriegsfolgeleistungen“ auftritt. Denn seinem Charakter nach dient er dem sozialen Ausgleich, insbesondere als Mittel neue Existenzmöglichkeiten zu schaffen und damit die Fürsorgebedürftigkeit zu verringern. Wir müssen uns aber von vornherein darüber klar sein, daß man mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, obwohl sie 18,5% der Sozialausgaben von 1953 betragen, den Erwartungen der Empfänger nicht entsprechen kann. Auch hier kann also nichts eingespart werden.

Das Wohnungsbauprogramm wird als Mindestprogramm, ja nicht einmal als das empfunden.

Die Ausgaben für Auswanderung, Umsiedlung, Rückführung und Lager sind variabel, dürften sich aber bei der gegenwärtigen Lage im sowjetisch besetzten Gebiet nicht ermäßigen, sondern unter Umständen noch sehr erhöhen.

Die 740 Millionen DM, die an die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und an die Träger der Rentenversicherungen nicht in bar, sondern in Schuldbuchforderungen fließen sollen, treten in dieser Aufstellung überhaupt nicht in Erscheinung. Tatsächlich gehören sie aber auch zu den Sozialausgaben.

Als Gesamtbild ergibt sich, daß es sich bei den Sozialausgaben um sehr starre Ausgabeposten des Bundeshaushalts handelt.

Es liegen alle Anzeichen dafür vor, daß die Sozialausgaben in den nächsten Jahren noch größer werden. Selbst wenn man annimmt, daß es durch organisatorische Maßnahmen, Vereinfachungen in der Verwaltung, Ausschaltung etwaiger Ungerechtigkeiten in der sozialen Versorgung gelingen könnte, die Ausgabenseite etwas zu verringern, wird eine kurze Überlegung auf Grund der vorhandenen Zahlen dazu führen, daß die Einsparungen auf der Ausgabenseite 10% nicht erreichen können. Auf der anderen Seite herrscht unter einem Teil der Unterstützungsempfänger unbeschreibliche Not, ebenso unter den kleineren Einkommensbezieher, so daß etwa mögliche Ersparnisse auf der Ausgabenseite sofort wieder zur Erhöhung der Leistungen an die unzureichend Versorgten verwendet werden müßten.

### **Volkswirtschaftliche Aufgaben der Finanzpolitik.**

Die Wirtschaft bedarf nach den schweren Erschütterungen des Krieges einer ungewöhnlichen Förderung durch Mittel aus den öffentlichen Haushalten.

Die Förderungsmaßnahmen sind im außerordentlichen Bundeshaushalt 1953 veranschlagt auf 960 Millionen DM, d. h. 3,7 v. H. des Bundeshaushalts, die im ordentlichen Haushalt 1953 auf 680 Millionen DM, d. h. 2,6 v. H. des Bundeshaushalts, insgesamt also auf etwa 1650 Millionen DM.

Zunächst seien einige konkrete Angaben zur Finanzierung der Anlageinvestitionen im Bundesgebiet vorangestellt. Die Netto-Anlageinvestitionen im ersten Halbjahr 1952 in Höhe von 7550 Millionen DM wurden finanziert (Monatsbericht der Bank Deutscher Länder, September 1952) durch öffentliche Haushaltsmittel zu 37 v. H., durch Kapitalmarktmittel aus Inlandsquellen zu 19,2 v. H., durch weitergeleitete Gegenwertmittel zu 3,3 v. H. und durch Selbstfinanzierung, private Kredite ohne Vermittlung der Banken oder anderer Kapital-sammelstellen und kurzfristige Bankkredite zu 40,5 v. H. Der Anteil der öffentlichen Haushaltsmittel betrug 1950 32,1 v. H., 1951 31,6 v. H. der Netto-Anlageinvestitionen, der Anteil der Kapitalmarktmittel aus Inlandsquellen betrug 1950 21,9 v. H., 1951 20,6 v. H. Ein großer Teil der Finanzierungsmittel wird also aus den öffentlichen Haushalten zur Verfügung gestellt. Das Institut für Finanzen und Steuern gibt in einer Untersuchung (Heft 14) folgende, heute vielleicht durch die Entwicklung der statistischen Erfassung der Investitionen etwas überholte, Zahlen: In den drei Jahren von der Währungsreform bis Mitte 1951 erreichten die über die öffentliche Hand finanzierten Investitionen den Betrag von 9,76 Mrd. DM, d. h. einen Anteil von 29,8 v. H. der gesamten Netto-Anlageinvestitionen dieses Zeitraumes in Höhe von 32,8 Mrd. DM. Von der durch die öffentliche Hand finanzierten Investitionen flossen rund 4,5 Mrd. DM dem Wiederaufbau der Wohnungswirtschaft zu, rund 1,7 Mrd. DM flossen in öffentliche Einrichtungen, einschließlich Schulen, Krankenhäuser, usw., während der Rest der von der öffentlichen Hand finanzierten Investitionen der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, dem ländlichen Siedlungswesen, den öffentlichen Versorgungsbetrieben und der Verkehrswirtschaft zugute kamen.

Auf die Kapitalmarktförderung kann ich nur kurz eingehen. Sie schlägt sich fiskalisch betrachtet in Steuerverzichten auf der Einnahmenseite nieder, wirtschaftspolitisch betrachtet entspricht ihre Wirkung der von Krediten, jedoch ohne daß diese den Kapitalmarkt berühren. Die Finanzierung der Netto-Anlageinvestitionen zeigt, daß die Investitionsbeiträge aus öffentlichen Haushalten in den letzten Jahren stärker gestiegen sind als die aus anderen Quellen fließenden Finanzierungsmittel, daß der Anteil der Mittel aus Selbstfinanzierung, Privatkrediten und kurzfristigen Bankkrediten bei rund 40 v. H. der Netto-Anlageinvestitionen liegt, daß der Anteil der Kapitalmarkt-

mittel aus Inlandsquellen etwas zurückgegangen ist. Der Wertpapierabsatz hat bisher für die Investitionsfinanzierung nur eine geringe Rolle gespielt. Er betrug im ersten Halbjahr 1952 ohne Unterbringung bei öffentlichen Haushalten und bei Versicherungen 2,7 v. H. der Netto-Anlageinvestitionen. Eine derartige einseitige Kapitalbildung ist wirtschaftlich und sozial bedenklich.

Das Versagen des Kapitalmarktes geht auf psychologische und wirtschaftliche Gründe zurück. Die Währungsreform mit Währungsgesetzgebung, Soforthilferegelung und endgültigem Lastenausgleich, sowie die Unsicherheit der waltpolitischen Lage beeinflussen die Sparwilligkeit. Der Nachholbedarf und die Entwicklung der Realeinkommen führen zu einer Verringerung der Fähigkeit, Kapital zu bilden. Die Unergiebigkeit der Wertpapiermärkte macht es unmöglich, kurzfristige Kredite, mit denen Investitionen vorfinanziert worden sind, durch Wertpapieremissionen zu konsolidieren. Es fehlt an der Kommunikation zwischen Geld- und Kapitalmarkt.

In der gegebenen Situation wird daher die Finanzierung aus öffentlichen Haushaltsmitteln nach wie vor eine große Rolle spielen. Die sachliche Berechtigung einer öffentlichen Finanzierung kann man bejahen. Zur Vermehrung der privaten Kapitalbildung müssen steuerliche Maßnahmen zur Anregung des Zwecksparens und zur Einschränkung des ungesunden Maßes der Selbstfinanzierung zu Gunsten der Investitionsfinanzierung über die gemeinnützigen öffentlichen und privaten Kapitalsammelstellen erfolgen. Man wird hierbei von der Erkenntnis ausgehen müssen, daß die Voraussetzung für die Pflege der Kapitalbildung eine entsprechende Entwicklung der Kaufkraft und eine verantwortungsvolle Einwirkung auf die Kapitalverwendung und Kapitalverteilung ist.

Die bisherigen steuerpolitischen Maßnahmen zur Förderung des Kapitalmarktes sind ungenügend. Zu nennen sind zunächst die Vergünstigungen der Einkommen- und Körperschaftsteueränderungsgesetze in den §§ 7c, 7d usw., die häufig zu Kapitalfehlleitungen geführt haben. Mit der sogenannten kleinen Kapitalmarktreform, den drei Gesetzen: Gesetz zur Förderung des Kapitalmarktes, Gesetz über den Kapitalverkehr und Gesetz zur Aufhebung der Dividendenabgabeverordnung, will man einen Anreiz zur Kapitalbildung geben durch steuerliche Begünstigung der Erträge festverzinslicher Wertpapiere. Zu dieser kleinen Kapitalmarktreform machen wir kritische Einwände. Das Gesetz bringt eine einseitige Steuerbegünstigung des Ersterwerbs von Sozialpfandbriefen und öffentlichen Anleihen und eine ungenügende Aktienförderung. Die Praxis der Besteuerung wird durch Steuerbefreiungen und Steuerbegünstigungen erneut erschwert. Unumstritten ist die Steuerbegünstigung der Wertpapiere

für den sozialen Wohnungsbau. Die breite Masse der Unselbständigen bildet aber die Steuerbegünstigung des Zinses keinen Anreiz.

Durch die Erhardsche Wirtschaftspolitik und durch die Schäffersche Finanzpolitik sind durch Selbstfinanzierung Kapitalfehlleitungen in großem Ausmaße erfolgt. Daher fällt der Investitions- und Kapitalmarktförderung mit finanzpolitischen Mitteln jetzt eine besondere Rolle zu. Es muß eine Geld- und Kapitalmarktpolitik betrieben werden, die nicht doktrinär sein darf, sondern in Anpassung an den volkswirtschaftlichen Gesamthaushalt erfolgen muß. Als ein Beispiel möchte ich Amerika anführen. Seit 1950 besteht dort die Möglichkeit Investitionen in fünf Monaten ganz oder zu einem gewissen Prozentsatz abzuschreiben. Wer von dieser Regelung Gebrauch machen will, muß sein Projekt zur Prüfung einreichen. Wir haben es hier also mit einem radikalen Instrument der Kreditlenkung in einem liberalen Staat zu tun.

Eine zunehmende Belastung erfährt die Ausgabenseite des Haushaltsplanes durch die Ansätze für wirtschaftsfördernde Maßnahmen, die vielfach — man denke etwa an Darlehen des Bundes zur verstärkten Förderung der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge, an Darlehen für die Durchführung des Bundesjugendplanes, an Vertriebenenkredite — zugleich sozialpolitische Notwendigkeiten erfüllen. Aber auch in diesem Bereich gilt, daß die Höhe der eingesetzten Mittel im Hinblick auf Kriegszerstörungen und Nachholbedarf und auf den noch nicht wieder funktionsfähigen Kapitalmarkt als unzureichend bezeichnet werden müssen.

Der Schuldendienst legt einen rasch sich vergrößernden Anteil der Haushaltsmittel fest. Für das Rechnungsjahr 1953/54 wird die Zunahme des Schuldendienstes auf 800 Millionen DM veranschlagt, darunter 400 Millionen DM auf Grund des Londoner Schuldenabkommens, 62 Millionen DM auf Grund des Abkommens mit der Schweiz, 200 Millionen DM als Wiedergutmachung an Israel.

Da auch der große Block der Verteidigungslasten, der etwa 42 v. H. des Haushaltsvolumens ausmacht, starr ist, ist der finanzwirtschaftliche Bewegungsspielraum außerordentlich gering, so daß von der Ausgabenseite her ins Gewicht fallende Veränderungen im Haushaltsgefüge nicht zu erwarten sind.

Die Ausgabenseite darf jedoch nicht für sich betrachtet werden, sondern nur in ihrem Verhältnis zu der Höhe der Einnahmenseite.

### Produktivität und Steuerpolitik.

Grundsätzlich ist eine Erhöhung von Haushaltseinnahmen nur möglich in Verbindung mit der Erhöhung des Produktivitätsgrades der

Wirtschaft der — gleichbleibende Steuersätze und gleichbleibendes materielles Steuerrecht vorausgesetzt — erhöhte Steuereinnahmen zur Folge hat. Wenn jetzt bei starker Anspannung der Haushaltseinnahmen die Bundesregierung eine Tarifsenkung und einen Abbau von Steuervergünstigungen vornimmt, die zu einem Steuerausfall führen, der durch Anleihen und kurzfristige Schuldenaufnahme gedeckt werden muß, so geht sie damit erstmalig den Weg des „deficit-spending“, den moderne Volkswirtschaften als wirtschaftspolitisches Mittel zur Vermeidung von Stagnation oder wirtschaftlichem Rückschritt erprobt haben. Auf längere Sicht erwartet die Bundesregierung aus der Steuersenkung, der eine entsprechende Reduzierung der Ausgaben nicht gegenübersteht, eine Verbrauchsbelebung, die zu einem Wachsen des gesamten Steueraufkommens führt und den Steuerausfall, der für das Rechnungsjahr 1953 auf 950 Millionen DM geschätzt wird, kompensiert oder sogar überkompensiert. Für das Rechnungsjahr 1953 schätzt die Bundesregierung die durch die Steuersenkung ausgelösten Steuermehreinnahmen auf 390 Millionen DM, darunter allein aus Umsatz- und Verbrauchssteuern 140 Millionen DM. Ohne Kenntnis der Berechnungsgrundlagen der Bundesregierung läßt sich jedoch der Mehrertrag nicht beurteilen; auf Anhieb erscheint das erwartete Mehraufkommen aus Umsatz- und Verbrauchssteuern, auch wenn der Betrag der Steuerersparnis ganz in den voll umsatzsteuerpflichtigen Konsum fließt, als überhöht.

Da der überwiegende Teil der Haushaltseinnahmen auf Steuereinnahmen entfällt, trägt die Art der Steuerpolitik wesentlich zur Gestaltung der Einnahmeseite des Haushalts bei. Sozialdemokratische Finanzpolitik wird sich deshalb — ohne ihr Augenmerk von der Ausgabenseite des Haushalts und den hier möglichen Einsparungen abzuwenden — besonders auf die Gestaltung der Steuerpolitik beziehen müssen.

Über die Vorstellungen der SPD von einer unter sozialen Gesichtspunkten betriebenen Steuerpolitik und über die Kritik, die wir an der sogenannten kleinen Steuerreform üben, wird Dr. Harald Kohn sprechen.

Zunächst muß klar sein, daß sozialdemokratische Finanzpolitik eine von Gruppeninteressen und von persönlichen und politischen Bindungen losgerissene Finanzpolitik sein wird, also eine Finanzpolitik, die ausschließlich gesamtwirtschaftlichen Überlegungen entspringt. Das ist im Grunde eine Selbstverständlichkeit, unter die alle mit legislativen Aufgaben Betrauten ihre Arbeit stellen sollten!

Es zeigt sich immer wieder, daß die Unterlagen, die zur Beurteilung unserer Gesamtsituation erforderlich sind, weder ausreichend zur

Verfügung stehen, noch hinreichend durchsichtig sind. Wir wissen ganz einfach noch nicht genug, und es ist deshalb erforderlich, sich volle Klarheit zu verschaffen.

Eine wichtige Funktion kommt dabei dem Haushaltsplan zu.

Haushaltspläne sollen in ihren Grundsätzen der Haushaltsklarheit und der Haushaltswahrheit entsprechen. Beiden Grundsätzen wird in den Bundeshaushaltsplänen nicht genügt. Man hat vielmehr oft den Eindruck, daß die Unklarheiten erwünscht sind, um dem Parlament den Einblick und die Kontrolle zu erschweren. Auch die Erläuterungen genügen in vielen Fällen nicht zur Feststellung, um welche Einnahmen oder um welche Ausgaben es sich wirklich handelt. Die sozialdemokratische Finanzpolitik wird deshalb danach streben, klare Unterlagen zu bekommen und durch Haushaltsanalysen die miteinander vergleichbaren Kapitel und Titel in den Einzelplänen zu erforschen und darzustellen, denn ein Urteil ist nur aus dem Vergleich möglich. Diese Haushaltsanalysen müssen auch auf die Haushalte der Länder und Gemeinden ausgedehnt werden.

Außerdem erweist es sich als notwendig, mehr als bisher Bundes- und Länderhaushalte zusammen zu sehen, eine Forderung, die erst aus einer veränderten Finanzverfassung heraus voll zu erfüllen sein wird. Während die Verschuldung des Bundeshaushalts von Jahr zu Jahr zunimmt, bilden sich in der Gesamtheit der übrigen öffentlichen Haushalte Überschüsse, wobei allerdings nicht übersehen werden darf, daß nicht für den Haushalt jeder einzelnen Gebietskörperschaft gilt, was für die Gesamtheit zutrifft.

Um Wirklichkeitstreue und Wirklichkeitsnähe zu erreichen, müssen wir dafür sorgen, daß die Rechnungslegung wesentlich schneller erfolgt als bisher. Der Bundesrechnungshof soll gewiß so sauber arbeiten, wie es der Rechnungshof des Deutschen Reiches getan hat, aber es steht nirgends geschrieben, daß er dabei nach dem Tempo der Preussischen Oberrechnungskammer verfahren soll. Erst wenn die Rechnungslegung zeitlich so nahe an die Haushaltsplanung herankommt, daß aus ihr Konsequenzen für die Planung der nächsten Periode gezogen werden können, also die Soll- und die Istzahlen so nahe wie nur möglich aneinander heranrücken, ist vorausschauende Finanzpolitik möglich.

Damit muß gleichzeitig eine Reform des Kassensystems einhergehen und — ein anderer wichtiger Punkt sozialdemokratischer Politik — eine Büroreform als Voraussetzung einer umfassenden Verwaltungsreform, d. h. einer Reform der Zuständigkeiten. Nur so können wir der Bürokratie Herr werden.

Aus der großen Anzahl finanzwirtschaftlicher Einzelfragen, die geregelt werden müssen, will ich hier nur ein paar Beispiele nennen für Gebiete, auf denen die Lösung besonders dringlich ist.

Da sind die Monopole, deren Überprüfung erforderlich ist, und deren Geschäftsgebarung parlamentarischer Kontrolle unterworfen sein muß. Finanzmonopole haben nur dann einen Sinn, wenn von Jahr zu Jahr gleitende Beträge erhoben werden sollen, was aber nicht möglich ist, neben einer Verbrauchsteuer. In bezug auf das — ich darf das Wort nicht mehr in den Mund nehmen — Branntweinmonopol haben wir das Problem inzwischen angepackt und werden weiter auf eine Lösung hinarbeiten.

Weiter muß eine Regelung der Bundesvermögensverwaltung erfolgen. Es müssen endlich klare Verhältnisse durch Abwicklung in der Länderverwaltung geschaffen werden.

Es müssen auch die Beteiligungen des früheren Deutschen Reiches und des Preussischen Staates an Industrieunternehmungen überprüft werden.

#### **Die zentrale Finanzverwaltung ist notwendig.**

Im Rahmen meiner Themastellung bleibt mir zu fragen, ob die verfassungsmäßigen, gesetzlichen und verwaltungsorganisatorischen Grundlagen unseres Finanzsystems in Ordnung sind oder ob sie der Verbesserung bedürfen und damit haushaltmäßige Entlastungen bewirkt werden können.

Seinen am allgemeinsten sichtbaren Ausdruck findet das Finanzsystem in der Finanzverwaltung, die auch in besonderem Maße der Kritik ausgesetzt ist. Die Forderung nach einer zentralen Finanzverwaltung ist seit den Vorarbeiten für das Grundgesetz Anliegen der SPD, die ihre Forderung nach Umgestaltung der Verwaltung erneut im Rahmen der in Vorbereitung befindlichen Finanzverfassungsänderungen erheben wird.

Mit der Schaffung der Bundesverwaltung waren in die Finanzverwaltung zwar gewisse Vereinheitlichungen eingeführt worden, aber es blieb im Prinzip die getrennte Verwaltung durch Bund und Länder bestehen, wie sie nach dem Willen der Besatzungsmächte im Grundgesetz normiert ist, und die organisatorisch nur als Groteske bezeichnet werden kann, manchen Landesministern aber ganz gut gefällt!

Die getrennte Verwaltung führte notwendigerweise zu einem erheblichen Maß von Unterschiedlichkeiten, die durch die Grundeinstellung in den einzelnen Länderfinanzministerien bedingt sind. Daran ver-

mögen die Tatsache einheitlicher Gesetzgebung und die Möglichkeit, einheitliche Richtlinien durch den Bund zu erlassen, nichts zu ändern: Es gibt sehr viele finanzwirtschaftliche Tatbestände, die weitgehend in das Ermessen der Verwaltung gestellt sind und die sich weder in Gesetze noch in Richtlinien verlegen lassen.

Der Grundsatz gleichmäßiger und gerechter Steuerverteilung kann nur durch eine einheitliche Finanzverwaltung erfüllt werden. Man denke nur an die Handhabung der Steuerveranlagung, an die zeitlichen Unterschiede bei ihrer Durchführung, die sich auf ihre Intensität auswirken müssen. Man denke an die Bewertung des Anlagevermögens, an die Höhe der Abschreibungen, an die von Land zu Land unterschiedliche Erlaß- und Stundungspraxis, an die Handhabung des Beibehaltungs- und Vollstreckungswesens und an ähnliche Einzelheiten. Die unterschiedliche steuerwirtschaftliche Behandlung hat zu der sehr unerfreulichen Erscheinung der Pauschalabreden geführt und erhebliche wirtschaftspolitische Rückwirkungen ausgelöst, die sich in Sitzverlegungen gewerblicher Unternehmungen und damit in volkswirtschaftlich unerwünschten Standortverschiebungen zeigen können.

Gleichmäßigkeit in der Handhabung ist bei der Verwaltung der Besitz- und Verkehrssteuern durch die Länder nicht zu erreichen; sie kann nur erreicht werden durch die Schaffung einer einheitlichen Bundesfinanzverwaltung.

Auch das zweite Ziel einer Finanzverwaltung, sparsame und rationelle Bewirtschaftung, ist nur mit Hilfe der einheitlichen Finanzverwaltung, aber nicht mit Hilfe von zehn Länderverwaltungen möglich. Doppel- und Mehrfacharbeit lassen sich nur dann vermeiden, wenn die zur Durchführung der Verwaltung erforderlichen Anweisungen und dergleichen von einer Stelle, der Bundesfinanzverwaltung, ausgehen, aber nicht, wenn zehn Länderfinanzministerien die gleiche Arbeit leisten, ganz abgesehen von den Erschwerungen, die sich aus einer Vielzahl von Länderministerial-Erlassen für solche Betriebe ergeben, die Zweigbetriebe und Filialen in mehreren Ländern unterhalten.

Bei Schaffung einer bundeseinheitlichen Verwaltung könnten die Steuerabteilungen der Länder erheblich verkleinert werden, während in der Bundesverwaltung ins Gewicht fallende Mehrbelastungen nicht entstehen würden.

Mit Gleichmäßigkeit in der Steuerverwaltung und mit Rationalisierung der Steuerverwaltung durch Schaffung einer einheitlichen Bundesfinanzverwaltung ist ein Mehraufkommen an Steuern verbunden. Der Ausschuss Finanzen und Steuern des Bundestages hat zahlreiche

Sachverständige vernommen, die übereinstimmend mit einer (bayerischen) Ausnahme zu dem Ergebnis gekommen sind, daß man aus Verwaltungs-Einsparungen und Steuermehraufkommen wenigstens eine Entlastung von 1 Mrd. DM jährlich erreichen würde, d. h. 4 bis 5 v. H. des gesamten Haushaltsvolumens. Das ist ein Wort! Und das ist ein Ziel, das wir schnellstens erreichen können.

### Die Finanzverfassung muß geändert werden.

Mit der Schaffung einer Bundesfinanzverwaltung würde ein wichtiges Teilproblem unserer Finanzverfassung gelöst werden. Sie müßte aber in den größeren Rahmen einer Umgestaltung der Finanzverfassung hineingestellt werden, für die der Verfassungsgeber im Art. 107 des Grundgesetzes die Möglichkeit gibt.

Die in den Artikeln 105 und 106 des Grundgesetzes festgelegte Teilung der Steuerertragshoheit entspricht nicht der Aufgabenaufteilung und hat zu Schwierigkeiten in der wirksamen Aufgabenerfüllung durch die öffentliche Hand geführt. Die unterschiedliche Finanzkraft der einzelnen Länder machte von vornherein eine Korrektur durch einen horizontalen Finanzausgleich nötig. Viel schwerwiegender aber sind die Korrekturen, die fortgesetzt im finanziellen Verhältnis des Bundes zu den Ländern vorgenommen werden müssen, und die sich in von Jahr zu Jahr steigenden Anteilen des Bundes am Ländersteueraufkommen niederschlagen.

Der Dualismus Bund — Länder im Bereich der öffentlichen Finanzen und die Unterschiedlichkeit in Ausstattung und Belastung der einzelnen Länder hat zu starken Hemmungen in der wirtschaftlichen Erholung der Bundesrepublik geführt. Geschlossener, einheitlicher gelenkter Einsatz öffentlicher Mittel hätte durch ausschließlich nach gesamtwirtschaftlichen Bedürfnissen ausgerichtete Verwendung zweifellos einen gleichmäßigeren wirtschaftlichen Wiederaufbau bewirken können.

Aufgabe der Finanzpolitik, insbesondere im Zusammenhang mit dem noch zu erlassenden Finanzverfassungsgesetz, muß sein, ihre Mittel so einzusetzen, daß alles was in einem einheitlichen Wirtschaftsgebiet einheitlich durchgeführt werden muß, in den Zuständigkeitsbereich des Bundes verlegt wird und dem Bunde die Finanzierungsmittel zur Verfügung gestellt werden. So betrachtet könnten von der finanzwirtschaftlichen Seite her Möglichkeiten zu einer Überwindung des Föderalismus ausgehen.

Damit könnten dann auch solche ausschließlich durch Länderinteressen bestimmte Inkonsequenzen, wie die Erklärung der Biersteuer zur

Landessteuer, beseitigt werden. (Von einem jährlichen Biersteueraufkommen von 300 Millionen DM fließen dem Lande Bayern mehr als zwei Drittel zu.)

### Wir brauchen die vereinfachende Steuerreform.

In Verbindung mit einer Finanzreform wird die geplante Steuerreform eine wichtige Rolle spielen. Unser heutiges Steuerrecht ist außerordentlich kompliziert, so daß selbst Sachverständige sich nur schwer durchzufinden vermögen. Der ursprüngliche gesetzgeberische Wille ist oft verschüttet durch eine Vielzahl von Ergänzungs- und Abänderungsgesetzen, Rechtsverordnungen, Ausführungsbestimmungen, Durchführungsverordnungen usw. Es gehört zum System Schäfferscher Finanzpolitik, sogar gesetzliche Ermächtigungen zu fordern, die die Begriffe des Gesetzes erläutern und damit willkürlich ändern können. Daneben gibt es die Hunderte von Erlassen der einzelnen Länder in bezug auf die Verwaltung der Einkommen- und Körperschaftsteuer und weiter unveröffentlichte Erlasse und Richtlinien der Oberfinanzdirektionen.

Von seinem Tätigwerden ab bis Ende des Jahres 1953 hat der Bund insgesamt mehr als 100 Steuergesetze, -verordnungen etc. erlassen: genau waren es 107. Aber keine Neuverteilung nach 107! (§ 107 des Grundgesetzes) Darin sind nicht enthalten die Finanzverwaltungs- und Finanzausgleichsgesetze, wohl aber routinemäßige Verordnungen u. dgl., wie Regelung des Lohnsteuerjahresausgleichs, Regelung der Abschlagszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuer, „Bekanntmachung der Neufassung des . . . Gesetzes“, ferner eine Reihe von Steuergesetzen, die notwendig wurden, um die in den vorhergehenden Jahren von den Besatzungsmächten normierte Steuergesetzgebung auf ein vernünftiges Maß zurückzuführen.

Es bleibt aber eine große Anzahl von Steuergesetzen, -verordnungen etc., die

a) Einzelheiten regeln, die sich aus Bedürfnissen oder Zufälligkeiten des Tages ergeben,

oder

b) notwendig werden, weil die vorangehenden Regelungen verwaltschaftsmäßig mangelhaft vorbereitet sind („Gesetz zur Änderung des Gesetzes . . .“).

Gerade im Hinblick auf die Unzulänglichkeit der Bürokratie wird die Wichtigkeit der Mitwirkung des Parlaments, insbesondere in der Ausschussarbeit, deutlich.

Ein besonders instruktives Beispiel dafür ist das Einkommensteuerrecht, das förmlich zu einem Gestrüpp von Verordnungen geworden ist. Man sehe sich nur einmal die etwa 20 Fundstellen für die verschiedenen Arten der Einkommenssteuervergünstigungen an, die nicht nur in den Einkommensteueränderungsgesetzen sehr unübersichtlich geordnet sind, sondern auch auf Erlasse, Verwaltungsanordnungen und andere Gesetze, wie Wohnungsbauprämien-Gesetz, Investitionshilfegesetz, Kapitalmarktförderungsgesetz, Ausfuhrförderungsgesetz, verstreut sind.

### **Die Einheit von Wirtschafts-, Sozial- und Finanzpolitik.**

In diesen Erscheinungen drückt sich das Fehlen einer finanzpolitischen Gesamtkonzeption aus, aber auch die Tatsache, daß die Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre nichts Gewachsenes und nichts planmäßig Gewolltes, sondern durch Zufälligkeiten geworden ist. Wir müssen aber zu einer Gesamtfinanzpolitik kommen, denn mit Einzelmaßnahmen kann jeweils nur akuten Mißständen abgeholfen oder akuten Bedürfnissen entsprochen werden.

Es wird auch in Zukunft viel improvisiert werden müssen. Aufgabe sozialdemokratischer Finanzpolitik wird es sein, die Probleme nicht isoliert von der Wirtschafts- und Sozialpolitik zu lösen, sondern den Blick zu behalten für eine einheitliche Grundauffassung und im Zusammenwirken der wirtschafts-, geld- und kreditpolitischen, der sozialpolitischen und der finanz- und steuerpolitischen Mittel einem Ziel zu dienen: der persönlichen und wirtschaftlichen Freiheit und der sozialen Sicherheit unseres Volkes.

## **Grundsätze sozialdemokratischer Steuerpolitik**

von Dr. jur. Harald Koch, MdB, Staatsminister a. D.

Wenn wir uns den Grundsätzen sozialdemokratischer Steuerpolitik zuwenden, so wollen wir uns weder in propagandistischen Formeln verlieren noch dogmatische Fernziele verkünden. Wir werden vielmehr, wie es die sozialdemokratische Fraktion des Bundestages in fast vier Jahren verantwortungsbewußter Bundestagsarbeit getan hat, Ordnungen aufstellen, die wir in naher Zukunft verwirklichen können.

Wir sprechen von den Grundsätzen sozialdemokratischer Steuerpolitik. Grundsätze der Opposition mögen manchem wie Theorie klingen, weil die politischen Möglichkeiten fehlen, diese Grundsätze in die Tat umzusetzen; wir sind uns aber der Verantwortung bewußt, daß die Grundsätze der Opposition von heute das Regierungsprogramm und damit die Praxis von morgen sind.

### **Gesunde Steuerpolitik — gesunde Wirtschaft.**

Lassen Sie uns den wichtigsten Grundsatz unseren Betrachtungen voranstellen: jede Steuerpolitik hat sich von der Erkenntnis leiten zu lassen, daß die Wirtschaftsordnung wie das Staatswesen nur dann gesund sind, wenn die Finanzen des Staates gesund sind. Darum steht auch über allen unseren Forderungen zur Steuerreform die Einsicht, daß sie das Gleichgewicht des Haushalts nicht gefährden dürfen.

Aus denselben Gründen müssen auch Wirtschaftspolitik und Steuerpolitik eng und verständnisvoll zusammenarbeiten. Die Steuerpolitik ist eine Schwester der allgemeinen Wirtschaftspolitik, der sie gleichberechtigt zur Seite steht. Beide müssen von den gleichen Zielsetzungen und Einsichten beseelt sein, und die Maßnahmen beider müssen stets aufeinander abgestimmt sein. Die moderne Finanz- und Wirtschaftswissenschaft weist daher auch der Steuerpolitik auf dem Gebiete der Konjunkturpolitik wichtige Aufgaben zu. Richtig angewandt kann die Steuerpolitik helfen, das Auf und Ab der Konjunkturen aufzufangen und ständig einen möglichst hohen Beschäftigungsstand zu halten; rich-